



Gemeinsames Lagebild

der Verfassungsschutzbehörden
Brandenburg und Sachsen-Anhalt
zu aktuellen Entwicklungen
im Rechtsextremismus 2009

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung/ Ausblick	3
2.	Parteilgebundene Rechtsextremisten	4
2.1	Lage in Sachsen-Anhalt	5
2.2	Lage in Brandenburg	7
2.3	Überschneidungen	11
2.4	Fazit.....	13
3.	Unorganisierte Szene/ Neonationalsozialisten	15
3.1	Lage in Sachsen-Anhalt	16
3.2	Lage in Brandenburg	20
3.3	Zusammenarbeit / Überschneidungen	25
3.4	Fazit.....	28
4.	Rechtsextremistische Musik- und Vertriebszene	30
4.1	Lage in Sachsen-Anhalt	31
4.2	Lage in Brandenburg	33
4.3	Überschneidungen	36
4.4	Fazit.....	39
5.	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	40
5.1	Lage in Sachsen-Anhalt	40
5.2	Lage in Brandenburg	42
5.3	Fazit.....	44

1. Zusammenfassung und Ausblick

Vom einstigen Sprecher des US-Repräsentantenhauses Thomas Phillip („Tip“) O’ Neill Jr. stammt der Satz „All politics is local“ (frei übersetzt: Politik ist immer örtlich). Das vorliegende gemeinsame Lagebild zum Rechtsextremismus der Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg bestätigt das eindrucksvoll.

Obwohl in beiden Ländern alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus vorhanden sind und einige sozio-strukturelle Gegebenheiten (besonders die relativ hohe Arbeitslosigkeit und die Tendenz der Abwanderung aus ländlichen Räumen) sich weitgehend ähneln, unterscheiden sich die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus vor Ort stark und agieren im Schwerpunkt regional sehr begrenzt. Obwohl sich NPD wie DVU als bundesweite Parteien verstehen und sogar europapolitische Ansprüche erheben, sind sie auf Grund der regionalen Interessenlagen ihrer Klientel vor Ort nicht in der Lage, überregionale Kooperationen dauerhaft zu gestalten. Diese Situation wird sich auf absehbare Zeit nicht ändern.

Im neonationalsozialistischen Spektrum belegt die enge Verzahnung von Straßen- und Internet-Aktivitäten im Grenzgebiet zwischen Sachsen und Brandenburg, dass ein überregionales Zusammenwirken auch für einen längeren Zeitraum funktionieren kann. Dieses Beispiel könnte gerade für die unter JN-Einfluss stehenden Strukturen im westlichen Brandenburg und in Sachsen-Anhalt attraktiv sein.

Bei der stark auf wirtschaftlichen Profit ausgerichteten Hass-Musikszene ist die Motivation zu länderübergreifender Kooperation sehr viel höher. Organisation größerer Konzerte und Produktion aufwändiger Tonträger ist ohne ein überregional funktionierendes Netzwerk von Akteuren und Logistik nur schwer möglich. Dies haben die Akteure in Brandenburg und Sachsen-Anhalt bereits verstanden und handeln danach.

Beide Länder verfügen über ein hohes Potenzial unorganisierter gewaltbereiter Rechtsextremisten. Dieses wird auch durch die PMK-Statistiken deutlich. Fremd sind diesem Spektrum feste Formen einer überregionalen oder gar länderübergreifenden Zusammenarbeit. Als potenzielle Konzertbesucher, Mitläufer bei Demonstrationen oder als Umfeld gewaltbereiter Fußballhooligans sind sie als länderübergreifendes Phänomen im Blickfeld zu behalten.

2. Parteigebundene Rechtsextremisten

Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Brandenburg sind die „Nationaldemokratische Partei“ (NPD) und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) sowie die „Deutsche Volksunion“ (DVU) die rechtsextremistischen Parteien, die mehr oder weniger sichtbar sind.

Beide Länder fielen im Rahmen der Wahlabsprachen des „Deutschland-Paktes“ zwischen DVU und NPD der DVU zu. Der „Deutschland-Pakt“ besagte: NPD und DVU wollen zwischen 2004 und 2010 bei Wahlen nicht gegeneinander antreten – nur Kommunalwahlen wurden von diesem Extremisten-Pakt ausgeklammert. Entsprechend teilte man die Wahlen untereinander auf. Die NPD will jedoch eigenen Angaben zufolge bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt antreten. Sie hat den Pakt im Juni 2009 einseitig aufgekündigt und will in Brandenburg 2009 für den Landtag gegen die DVU kandidieren.

„Deutschland-Pakt“
ursprüngliche Absprachen aus 2005



Realität des
„Deutschland-Paktes“ im Mai 2009



- In diesen Ländern kandidiert die NPD zur Landtagswahl
- In diesen Ländern kandidiert die DVU zur Landtagswahl
- Hier kandidiert die DVU zur Landtagswahl nur, falls die NPD nicht antritt
- offen

- In diesen Ländern kandidiert(e) die NPD zur Landtagswahl
- In diesen Ländern kandidiert(e) die DVU zur Landtagswahl

2.1 Lage in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt fanden in den letzten beiden Jahren Kommunalwahlen statt. April 2007 trat die NPD mit 115 Kandidaten in sieben von neun Landkreisen an, davon allein im Burgen-Landkreis mit 55 Bewerbern. Sie errang schließlich bei einer Wahlbeteiligung von 36,5 Prozent insgesamt 13 Kreistagssitze. Zahlreiche Wahlkampfshelfer aus anderen Bundesländern, auch aus Brandenburg, leisteten der NPD aktive Unterstützung. Bei den Bürgermeisterwahlen 2008 konnten NPD-Kandidaten keine nennenswerten Ergebnisse erzielen. Bei den Städte- und Gemeinderatswahlen am 7. Juni 2009 trat die NPD mit 76 Kandidatinnen und Kandidaten an und erlangte 19 Mandate. Das Hauptwahlziel, jeweils in Fraktionsstärke in die Stadtparlamente von Magdeburg und Halle einzuziehen, wurde nicht erreicht.

Aufgrund von Wahlabsprachen mit der NPD trat die DVU nur in der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zur Kommunalwahl 2007 an. Von den sechs DVU-Kandidaten errang lediglich einer ein Mandat. Der verzichtete jedoch zugunsten des DVU-Landesvorsitzenden Ingmar Knop (Dessau-Roßlau). Knop ist auch stellvertretender DVU-Bundesvorsitzender. Traditionell hatten Kommunalwahlen für die bisher autokratisch gelenkte DVU wenig Bedeutung. Bisher strebte die Parteizentrale, im Gegensatz zur NPD, so gut wie keine lokale und regionale Verwurzelung an.

DVU

Sachsen-Anhalt galt lange als Hochburg der DVU. 1998 verfügte die Partei über 700 Mitglieder und mit dem Ergebnis von 12,9 Prozent gelang ihr der Einzug in den Landtag. Das war aber schon der Höhepunkt der DVU. Ihr Niedergang begann mit der Spaltung der Landtagsfraktion 1999. Im Jahr 2002 trat sie gar nicht erst zur Landtagswahl an. Trotzdem vermutete die Partei in Sachsen-Anhalt eine Hochburg. 2006 kandidierte sie gemäß des zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden „Deutschland-Paktes“ erneut für den Magdeburger Landtag und erhielt magere 3 Prozent der Wählerstimmen.

Derzeit verfügt die DVU in Sachsen-Anhalt über etwa 30 aktive Mitglieder. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten entfaltet der Landesverband kaum. Lediglich am 28. Juni 2008 fand in Dessau-Roßlau eine Informations- und Saalveranstaltung des Landesverbandes statt. Trotz Werbung über Presse und Internet (ohne Themenbezug) waren gerade einmal 25 Personen anwesend. Als Redner traten Ingmar Knop und der am 11. Januar 2009 auf dem DVU-Bundesparteitag in Calbe/Saale (Sachsen-Anhalt) neu gewählte Bundesvorsitzende Matthias Faust auf.

NPD

Die Mitgliederzahlen des NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt konnten in den letzten drei Jahren nicht erhöht werden. Für 2008 ist von einem Mitgliederbestand von etwa 250 Personen auszugehen. Der Landesverband gliedert sich in 11 Kreisverbände und mehrere Ortsbereichsgruppen.

Das Jahr 2008 war für die NPD in Sachsen-Anhalt geprägt durch monatelange Querelen zwischen den Vorstandsmitgliedern. Im September 2008 trat der erst am 1. März 2008 gewählte Vorstand fast geschlossen zurück. Mit der Wahl jüngerer und in der neonationalsozialistischen Szene verwurzelter Kader war damals ein Politik- und Generationswechsel eingeleitet worden.

Im aktuellen Landesvorstand – gewählt am 28. Februar 2009 – bestimmen nunmehr die „reformorientierten Kräfte“ um den neuen Landesvorsitzenden Matthias Heyder den Kurs der Landes-NPD. Die „Volksfront von Rechts“, das heißt die Schaffung einer gemeinsamen rechtsextremistischen Plattform unter ausdrücklicher Einbindung von Neonationalsozialisten mit Wortführerschaft der NPD, zeigt sich in der neuen Zusammensetzung des Landesverbandes.

In einigen Regionen Sachsens-Anhalts ist die Zusammenarbeit zwischen der NPD/JN und den „Freien Nationalisten“ schon jetzt offen ausgeprägt:

In der Landeshauptstadt Magdeburg kooperieren Angehörige der „Freien Nationalisten“, der NPD und der JN bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen eng miteinander. Herausragendes Beispiel war eine Demonstration am 19. Januar 2008 in Magdeburg. Die Homepage der örtlichen NPD war zumindest bis Mitte 2008 ein Sprachrohr der Magdeburger Rechtsextremisten im Internet.

Im Landkreis Harz, hauptsächlich in der Region Wernigerode / Quedlinburg, besteht unverändert eine sehr enge „Verschmelzung“ von „Freien Nationalisten“, der NPD und den JN, wobei kaum noch Unterscheidungen in der politischen Zielsetzung erkennbar sind. Auch innerhalb der rechtsextremistischen Szene im Altmarkkreis Salzwedel sind unverändert gute Kontakte zu Vertretern der NPD feststellbar.

Wie alle Landesverbände hat auch die NPD in Sachsen-Anhalt einen eigenen Internetauftritt. Unter dem Motto „2009 – wir starten durch“ stellte sie im November 2008



ihre neue Internetpräsenz vor. Neu ist, dass erstmals alle Kreisverbände und regionale Informationen über eine gemeinsame Homepage abrufbar sind. Einzig der Kreisverband Burgenlandkreis unterhält noch eine eigene ebenfalls neu gestaltete Internetseite.

Die über das Internet verbreiteten Texte sollen den Eindruck vermitteln, dass es sich bei NPD und JN um eine stabile, homogene, zielorientierte Organisation voller geistiger und aktionistischer Spannkraft handele. Jedoch: Wie bereits die Querelen im Landesvorstand zeigten, ist die Parteipraxis weit ernüchternder. So stagnieren nicht nur die Mitgliederzahlen, sondern auch die einstmaligen starken südlichen Kreisverbände, wie der im Burgenlandkreis, agieren derzeit eher schwach. Zudem hat sich die finanzielle Lage der Partei verschärft.

2.2 Lage in Brandenburg

Seit 2008 befinden sich DVU und NPD in Brandenburg praktisch in einem Dauerwahlkampf. Diese Wahlkämpfe sind besonders bedeutsam, geht es doch bei beiden Parteien inzwischen ums politische Überleben. Dabei spielt das jeweilige



Verhältnis zu den „Freien Kräften“ eine entscheidende Rolle. Von großer Bedeutung war ebenso die „ordnende“ Funktion des „Deutschland-Paktes“ bis zu seinem Bruch im Juni 2009. Bei den Kommunalwahlen 2008 konnte keine der beiden Parteien einen wesentlichen Erfolg erzielen. Weder NPD noch DVU waren alleine in der Lage, flächendeckend in Brandenburg anzutreten. Erst Wahlabsprachen im Frühjahr 2008 führten dazu, dass die Rechtsextremisten in fast allen Landkreisen auf dem Wahlzettel standen.

Insbesondere die NPD war in ihren strukturschwachen Kreisverbänden in der Lausitz, im Westhavel- und im Dahmeland nicht in der Lage, ihren Wahlkampf ohne die Hilfe „Freier Kräfte“ zu führen, deren Anhänger teilweise auch auf den Listen der Partei kandidierten.

Im direkten Vergleich der beiden Parteien unterlag die DVU. Sie erhielt 1,6 Prozent (2003: 1,0 Prozent) und die NPD kam auf 1,8 Prozent (2003: 0,5 Prozent).

Bei den Kommunalwahlen 2003 traten NPD und DVU zusammen in nur neun von 18 Kreisen an. 2008 konnten beide im Vergleich dazu rund 40.000 Stimmen hinzugewinnen, was etwa 13.000 Wählern entspricht. Der größte Teil dieses Zugewinns entfällt auf die NPD, die sich um 1,3 Prozent steigern konnte (DVU: +0,6 Prozent). Gegenüber

der Landtagswahl 2004 hat die DVU (damals landesweit 6,1 Prozent mit knapp 63.000 Wählern) einen dramatischen Einbruch erlitten. Die NPD wiederum hat gegenüber der Bundestagswahl 2005 so gut wie keine Zugewinne erzielt. Ohne ihre DVU-Konkurrenz erlangte sie damals etwas mehr als 50.000 Zweitstimmen (landesweit 3,2 Prozent).

Unterdessen zeigte sich die DVU so selbstbewusst, dass sie auf ihrer Landesliste keinen NPD-Vertreter nominierte. Auch das nahm die NPD als Vorwand, den Pakt zu brechen und bei der Landtagswahl gegen die DVU anzutreten. Sollte die DVU bei der Landtagswahl gegen alle Erwartungen erfolgreich sein, könnte sie innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg sogar wieder eine Konkurrenz für die NPD werden.

DVU



Für die von ihrem ehemaligen Bundesvorsitzenden, dem Verleger Dr. Gerhard Frey, autoritär geführte DVU hängt von dem Wiedereinzug in den Brandenburg Landtag das politische Überleben ab.

Mit der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden Matthias Faust deutet sich zumindest in Bezug auf den Führungsstil ein tiefgreifender Wandel in der DVU an. Die jahrelang an politische Passivität gewöhnten Mitglieder werden der DVU aber nicht von heute auf morgen ein neues Gesicht geben können.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der DVU Brandenburg wieder. Einziger Akteur der Entwicklung ist die Landtagsfraktion in Potsdam. In der Fläche gab es bisher kaum Aktionen. Es existieren monatliche Stammtische in den Kreisverbänden an denen nur wenige Personen teilnehmen. Auch gelegentliche Infostände und der meist nicht sonderlich aktuelle Internetauftritt können über die Passivität und mangelnde Bürgernähe der DVU in Brandenburg nicht hinwegtäuschen. Nur aus den Kreisverbänden in Potsdam und Teltow-Fläming wurden bisher Aktivitäten bekannt.

Allerdings bemüht sich die DVU in Brandenburg seit Anfang des Jahres um ein etwas offensiveres Auftreten. Auch die Tatsache, dass man auf der Kandidatenliste der DVU zu den Landtagswahlen keinen NPD-Kandidaten findet, zeigt, dass man sich zum Zeitpunkt der Listenaufstellung personell und finanziell für stark genug hielt, den Wiedereinzug in den Landtag auch ohne die Unterstützung der NPD zu schaffen. Mit einem Bruch des „Deutschland-Paktes“ seitens der NPD rechnete man offenbar nicht. Diese Pläne der DVU hat die NPD durchkreuzt.

Die DVU startete zum Beispiel im Februar 2009 eine Unterschriftenaktion gegen ein geplantes Asylbewerberheim in Potsdam und kam damit sogar einer Flugblattaktion der NPD zum selben Thema zuvor. Der Initiator dieser Aktion, der Potsdamer DVU-Stadtverordnete Günther Schwemmer, ist im Mai 2009 bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Er war auch Mitglied der NPD, Mitarbeiter der DVU-Landtagsfraktion, gelegentlicher Redakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und Sprecher der Kontinent-Europa-Stiftung. Sein Tod stellt für die DVU in Brandenburg einen erheblichen Rückschlag dar.

Die mageren 1,7 Prozent, welche die DVU bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 in Brandenburg erhielt und das gleichzeitige Antreten gegen die NPD, lassen Zweifel aufkommen, ob die DVU weiter dem Landtag Brandenburg angehören wird.

NPD

2008 konnte die NPD in Brandenburg ihre Mitgliederzahlen noch einmal leicht erhöhen. Zusammen mit rund 50 JN-Mitgliedern verfügt sie nun über 300 Mitglieder.

Der Landesverband Brandenburg der NPD zeigt sich stark regionalisiert. Der Landesvorstand bildet nur eine lose Klammer um die sechs Kreisverbände, wird aber von den Kreisvorständen weitestgehend akzeptiert. Das mag auch daran liegen, dass in den einzelnen Kreisverbänden nur wenige aktive Mitglieder zur Verfügung stehen und für diese die Koordination landesweiter Aktivitäten in einem Flächenland wie Brandenburg fast unmöglich ist. Die Struktur in den einzelnen Kreisverbänden ist sehr unterschiedlich:

Der Landesvorsitzende Klaus Beier ist zugleich Vorsitzender des mitgliederstärksten Kreisverbandes Oderland. Bis 2008 war dieser Kreisverband der aktivste und der Motor für die Entwicklung der Partei in Brandenburg. Inhaltlich liegt der Verband auf einer Ebene mit dem Kurs des amtierenden Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Sein Verhältnis zu den „Freien Kräften“ ist daher ambivalent.

Aufgrund privater Zerwürfnisse und einer Radikalisierung von Teilen seiner Mitglieder hat der Kreisverband 2008 an Ausstrahlungskraft verloren.

Auch die seit etwa zwei Jahren bestehenden Parteistrukturen des Kreisverbandes Dahmeland können auf ein eigenständiges Parteileben verweisen. Dabei haben die knapp 40 Mitglieder keine Probleme, mit den „Freien Kräften“ aus Brandenburg und Berlin zu kooperieren. Am 4. Oktober 2008 fand in Königs Wusterhausen mit 230 Teilnehmern die landesweit größte NPD-Demonstration statt.

Gleiches gilt für den Kreisverband Barnim/Uckermark, der ebenfalls gute Kontakte zur neonationalsozialistischen Szene in den beiden Landkreisen pflegt. Das Gelände eines ehemaligen Asylbewerberheims in Biesenthal hat sich inzwischen zu einem gemeinsamen Treffpunkt entwickelt.

Enge persönliche Beziehungen der Mitglieder bilden die Grundlage des Kreisverbandes Havel-Nuthe. Ein wesentlicher Teil der führenden Kräfte sind ehemalige Mitglieder der verbotenen „Kameradschaft Hauptvolk“. Obwohl der Kreisverband nur über relativ wenige Mitglieder verfügt, gehen von ihm immer mehr Aktionen aus. Am 7. Februar 2009 hatte der Kreisvorsitzende eine Demonstration in Brandenburg an der Havel angemeldet.

Auch der Kreisverband Lausitz verfügt nur über wenige Mitglieder, trotzdem gehen auch von diesem regelmäßige Aktivitäten aus. Insbesondere seitdem der Kreisverband mit den „Freien Kräften Guben“ paktiert, haben sich seine Aktionen allerdings auf niedrigem Niveau verstetigt. Der Kreisvorsitzende steht zudem für einen neuen Typus der NPD-Führungskader in Brandenburg: jung, gut ausgebildet und ideologisch eindeutig als Neonationalsozialist zu identifizieren.

Beim Kreisverband Oberhavel handelt es sich um einen eher traditionellen Kreisverband, dessen Führungsmitglieder wenig Neigung verspüren, mit den „Freien Kräften“ zusammenzuarbeiten. Die Aktivitäten des Kreisverbandes beschränken sich bis auf die Teilnahme an Wahlen im Wesentlichen auf – in der Regel gut besuchte – Mitgliederversammlungen. Außenwirkung entfalten diese kaum.

An der Basis verfügt die Partei aber immer noch über wenig politisch qualifizierte Mitglieder. Ältere Mitglieder bekennen sich häufig nicht öffentlich zur Partei, weil sie private und berufliche Nachteile fürchten, was das Reservoir an geeigneten Kandidaten für Wahlen erheblich reduziert.

Sämtliche Kreisverbände haben einen eigenen Internetauftritt. Diese sind für die Außenwirkung der Partei sehr wichtig, da sich ihr ansonsten kaum öffentliche Foren bieten. Daneben geben die Kreisverbände auch eigene Publikationen heraus, zum Beispiel die „Oderlandstimme“. Diese Publikationen haben Flugblattcharakter und sollen in ihrer Themenauswahl Bürgernähe symbolisieren. Eine kommunale Verankerung, wie sie die NPD propagiert, ist tatsächlich aber für keine Region ersichtlich. Wichtigstes Ziel der brandenburgischen NPD wird 2009 ein passables Abschneiden bei der Bundestagswahl sein, um von dem „parlamentarischen Aufschwung“ der Partei in Ostdeutsch-

land nicht völlig abgekoppelt zu werden. Beim Wahlkampf ist sie auf die Unterstützung der „Freien Kräfte“ angewiesen.

Insgesamt zeigen die führenden Vertreter der neonationalsozialistischen Szene in Brandenburg traditionell ein geringes Interesse an der Partei. Auch die Kooperationen in einzelnen Kreisverbänden konnten an diesem Gesamtzustand bisher nichts ändern.



2.3 Zusammenarbeit / Überschneidungen

DVU

Die DVU wurde, wie bereits angeführt, bisher autokratisch aus der Parteizentrale in München gelenkt. Regionales Parteileben ist in der Regel zu vernachlässigen. Die meisten Landesverbände zählen nur wenige aktive Mitglieder. Dementsprechend werden Parteiveranstaltungen, die meist überregionalen Charakter haben, von der Bundespartei organisiert. Parteimitglieder aus mehreren Bundesländern werden mit eigens gecharterten Bussen zu solchen zentralen Veranstaltungen gefahren, wobei als Parteimitglieder auch schon die Abonnenten der „National-Zeitung“ gelten, der Publikation des ehemaligen Bundesvorsitzenden Dr. Frey.

In der Vergangenheit wurden die Mitglieder der Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt von der Parteizentrale zusammengefasst, deshalb gab es immer wieder entsprechende gemeinsame Veranstaltungen mit Beteiligung von DVU-Mitgliedern aus beiden Ländern:

- Landesparteitag der DVU Brandenburg/Sachsen-Anhalt am 25. Februar 2007 in Calbe/Saale (Sachsen-Anhalt); Wahl des Landesvorstandes für das jeweilige Bundesland, etwa 300 Teilnehmer
- Großveranstaltung der DVU am 23. September 2007 in Dahme (Brandenburg) unter Teilnahme von Mitgliedern der DVU aus Sachsen-Anhalt und anderen Bundesländern, rund 230 Teilnehmer
- Teilnahme des DVU-Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalt an einer Wahlkampfveranstaltung am 20. September 2008 in Potsdam im Rahmen des Kommunalwahlkampfes 2008

- Bundesparteitag der DVU am 11. Januar 2009 in Calbe/Saale (Sachsen-Anhalt); Wahl eines neuen Bundesvorstandes sowie Aufstellung der gemeinsamen Liste aller Länder für die Europawahl 2009. Als neuer Bundesvorsitzender wurde Matthias Faust (Hamburg), als stellvertretender Bundesvorsitzender Ingmar Knop (Dessau-Rosslau, Sachsen-Anhalt) gewählt; Spitzenkandidatin für die Europawahl wurde Liane Hesselbarth (Brandenburg). Die rund 200 Teilnehmer kamen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Daneben bestehen zwischen einzelnen Mitgliedern der Landesverbände Brandenburg und Sachsen-Anhalt auch persönliche /verwandschaftliche Kontakte, die zu einem Austausch der beiden Landesverbände führen.

NPD

Weder in Sachsen-Anhalt noch in Brandenburg ist die NPD als schlagkräftige Landesorganisation präsent. In beiden Bundesländern gibt es nur regionale Schwerpunkte deren Ausrichtung abhängig ist von den Interessen, dem Engagement und der Ausstrahlung der jeweils führenden Personen. Häufig spielen persönliche Vorlieben und Abneigungen der Handelnden die entscheidende Rolle für die Zusammenarbeit. Das gilt auch für länderübergreifende Kontakte. Solche Kontakte bilden in der Regel die Basis für die gegenseitige Unterstützung bei Wahlkämpfen, die Teilnahme an regionalen Parteiveranstaltungen oder konkrete Vernetzungsaktivitäten. Eine Ausnahme bilden Großveranstaltungen, die für die rechtsextremistische Szene von solch zentraler Bedeutung sind,

dass für sie organisationsübergreifend und bundesweit mobilisiert werden kann.



in der Vergangenheit hat es zwischen NPD-Mitgliedern aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg weder inoffiziell noch offiziell Kontakte gegeben, die auf eine Vernetzung oder konkrete Zusammenarbeit hindeuten. Das Zusammentreffen der Parteimitglieder erfolgte nur punktuell, zum Beispiel in Form von Wahlkampfhilfe oder bei Demonstrationen. So führen beispielsweise im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel am 2. Juni 2007 nach einer spontanen Veranstaltung in Wittenberge (Brandenburg) etwa 180 NPD-Angehörige und „Freie Nationalisten“ aus Brandenburg, Hes-

sen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt weiter per Bahn nach Osterburg (Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt). Hier zogen sie mit Fahnen und Transparenten, deren Aufschriften sich gegen die Globalisierung richteten, über das von zahlreichen Besuchern frequentierte Veranstaltungsgelände des 11. Sachsen-Anhalt-Tages zu einer der Veranstaltungsbühnen. Dabei zeigten sich die Demonstranten gegenüber den anwesenden Polizeibeamten aggressiv und gewaltbereit.

Weitere Aktivitäten, die von diesem Personenkreis im Bereich des Stendaler Hauptbahnhofs geplant waren, wurden von der Polizei verhindert. Solche Ereignisse werden auf den einschlägig bekannten Internetseiten als „voller Erfolg“ der gemeinsamen Proteste gewertet.

2.4 Fazit

DVU

Die beiden Landesverbände sind kaum vergleichbar, da der Landesverband Sachsen-Anhalt praktisch nicht mehr existent ist. Mit der Auflösung der damaligen Landtagsfraktion setzte der Niedergang der dortigen Strukturen ein. In Brandenburg dagegen verfügt die DVU derzeit bundesweit über die einzige ernstzunehmende Struktur, von deren Wahlerfolg das politische Überleben der Partei abhängig ist. Der Bruch des „Deutschland-Paktes“ lässt die Überlebenschancen der DVU mehr als fragwürdig erscheinen.

Die Bedeutung Sachsens-Anhalts für die DVU ergibt sich daraus, dass die Partei hier Räumlichkeiten für ihre Parteitage anmieten kann und aus seiner zentralen Lage in Ostdeutschland. Außerdem engagiert sich der Landesvorsitzende Ingmar Knop weiter auf Bundesebene.

Die Wahl des ehemaligen NPD-Mitgliedes Matthias Faust zum neuen DVU-Vorsitzenden scheint in beiden Landesverbänden auf positive Resonanz gestoßen zu sein. Wie sich das Verhältnis zwischen der DVU in Brandenburg und Sachsen-Anhalt in Zukunft entwickeln wird, hängt stark vom Ausgang der Landtagswahlen ab.

Sollte die DVU in Brandenburg an der 5-Prozent-Hürde scheitern, wird die Partei wahrscheinlich in ihrer heutigen Form aufhören zu existieren. Die 1,7 Prozent, welche die DVU bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 Brandenburg erzielte, lassen an einem Wiedereinzug erhebliche Zweifel aufkommen. Mit dem einen Prozentpunkt sieht die Situation für die DVU in Sachsen-Anhalt noch schlechter aus.

NPD

Die beiden Landesverbände der NPD in Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind in Größe und Struktur durchaus ähnlich. Bei beiden Landesverbänden gibt es zudem derzeit wenig Neigung, sich über Kreis- und Landesgrenzen hinaus zu engagieren. Die Zusammenarbeit beider beschränkt sich daher auf die gemeinsame Teilnahme an Großveranstaltungen und gegenseitige Wahlkampfhilfe.

Folgende allgemeine Tendenzen scheinen in beiden Landesverbänden gegeben:

- „Intellektualisierung“ bei den jüngeren Funktionären, wobei in Sachsen-Anhalt die JN der Motor der Entwicklung ist, die zudem dort noch stärker in die offizielle Parteiarbeit der NPD eingebunden ist. In Brandenburg sind in den JN auch Vertreter der „Freien Kräfte“ organisiert, welche die vergleichsweise sicheren Strukturen für sich nutzen wollen, ohne sich direkt für die Partei zu engagieren.
- In beiden Landesverbänden werden die „Freien Kräfte“ als Basis für politische Aktionen immer wichtiger.
- Eine flächendeckende Verortung der NPD gibt es in keinem Bundesland. Entscheidend ist das Potential der regionalen Führungskräfte, deren politische Absichten teilweise stark voneinander abweichen. Hier liegt eine permanente Gefahr der Spaltung für die Landesverbände.

Eine konkrete Zusammenarbeit der beiden NPD-Landesverbände Brandenburg und Sachsen-Anhalt ist auch für die Zukunft bisher nicht ersichtlich.

Damit, dass die NPD in den brandenburgischen Landtag kommt, ist nicht zu rechnen.

3. Unorganisierte Szene/Neonationalsozialisten

Nach den Verboten überregionaler oder bundesweit aktiver, neonationalsozialistischer Gruppierungen wie der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in den 1990er Jahren entwickelte die Szene ein Modell lokal agierender, untereinander vernetzter Personenzusammenschlüsse (Kameradschaften), das weitgehend auch heute noch als organisatorische Grundlage dient und denen in der Regel zwischen fünf und 20 Aktivisten angehören.

Gemäß dieser Konzeption operieren autarke Kameradschaften in einem Netzwerk, wobei die Koordination zwischen den Kameradschaften sowohl über das Internet als auch über informelle Treffen stattfindet. Allerdings gelingt der Szene nur selten eine einheitliche Vorgehensweise, sei es aus mangelnder Koordination, persönlichen Rivalitäten oder aufgrund von fehlendem Engagement der Einzelaktivisten.

Ihr Erscheinungsbild unterscheidet sich sowohl im Grad ihrer Organisation als auch in ihren politischen Aktivitäten. Es gibt Kameradschaften mit festen Strukturen und verbindlichen Zuordnungen von Funktionen, Mitgliedsbeiträgen und zum Teil eigenen Emblemen. Sie vermeiden von außen sichtbare organisationsähnliche Strukturen oder versuchen, ihr inneres Organisationsgefüge zu tarnen, um keine Ansatzpunkte für ein Verbot zu bieten. Ihre gemeinsame Identität erlangen sie unter anderem über ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus und über öffentlichen Aktionismus. Der Zusammenhalt wird im Wesentlichen durch regelmäßige Kameradschaftsabende und die Teilnahme an öffentlichen Aktionen und Demonstrationen gefördert, die von neonationalsozialistischen Aktionsbündnissen oder von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) veranstaltet werden. Die Lebensdauer und die Bedeutung einer Kameradschaft hängen überwiegend von der Qualität der Führungspersonen ab.

Kameradschaften sind insbesondere für Neonationalsozialisten ein Auffangbecken, die an nachhaltiger Parteiarbeit kein Interesse haben oder die Mitarbeit in Parteien bereits als Anerkennung des „Systems“ betrachten. Befürworter dieser Organisationsform prägten auch den Begriff „Freie Nationalisten“, den der Hamburger Neonationalsozialist Thomas Wulff im Jahr 1998 in der rechtsextremistischen Publikation „Zentralorgan“ propagierte und wo er insbesondere die Autonomie des neonationalsozialistischen „Nationalen Widerstands“ gegenüber der rechtsextremistischen Parteienszene betonte.

3.1 Lage in Sachsen-Anhalt

In den einzelnen Gebieten Sachsen-Anhalts unterscheiden sich der Organisationsgrad und die Organisationsformen der nicht parteigebundenen Rechtsextremisten teilweise deutlich. Zum einen gibt es fest gefügte, neonazistisch geprägte Strukturen, die in Form von Kameradschaften oder JN-Stützpunkten auftreten. Zum anderen gibt es Personenzusammenschlüsse, in denen sich sowohl subkulturell als auch neonationalsozialistisch geprägte Rechtsextremisten organisieren (Mischszene). Darüber hinaus gibt es Regionen, in denen keine oder nur in Ansätzen Strukturen erkennbar sind. In diesen Regionen werden vorrangig Aktivitäten von subkulturell geprägten Einzeltätern oder Kleinstgruppen bekannt.

Vorwiegend neonationalsozialistisch ausgerichtete Gruppierungen finden sich in den Städten Halle (Saale), Magdeburg, Bernburg und Staßfurt. Der Mischszene zuzurechnende Gruppierungen gibt es in den Landkreisen Saalekreis, Harz, Mansfeld-Südharz und Altmarkkreis Salzwedel. Als eher subkulturell geprägt gelten die Szenen in der Stadt Dessau-Roßlau und den Landkreisen Jerichower Land, Stendal, Börde, Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg.

Personenpotenzial

Das gewaltbereite subkulturell geprägte Spektrum bildet mit 800 Personen die größte Gruppe im Bereich des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt. Hierbei handelt es sich um Personen, die politisch motivierte Gewalt bereits unter Beweis gestellt haben oder die sich in Gruppen bewegen, die als gewaltgeneigt gelten und die Gewalt als probates Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einsetzen oder in Betracht ziehen.

Der neonationalsozialistischen Szene in Sachsen-Anhalt gehören etwa 240 Rechtsextremisten an, die mehrheitlich kameradschaftlich organisiert sind. Die Mitglieder der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) werden ausschließlich der neonationalsozialistischen Szene zugerechnet. Die JN selbst hat rund 50 Mitglieder. Trotz vielfältiger und zum Teil öffentlichkeitswirksamer Aktionen und einer offensiven Internetpublizistik ist es den Funktionären im Jahr 2008 nicht gelungen, die Mitgliederzahlen zu erhöhen und die Organisation auch strukturell auszubauen.

Nutzung des Internets

Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse aus Sachsen-Anhalt sind teilweise im Internet mit eigenen Homepages vertreten. Hauptziel ist die Verbreitung der eigenen politischen Inhalte und die Gewinnung neuer Mitglieder.

Die Zielstellung, die mit der Einrichtung der neuen Internetseite „Nationaler Beobachter Sachsen-Anhalt“ verbunden wurde, wird im Internet wie folgt beschrieben:

„Die politische Profilierung der JN geht in eine neue Runde. Das Weltnetz ist das derzeitige beste Mittel um unsere Anschauungen zu verbreiten und in der Bevölkerung, vor allem aber auch bei der Jugend, zu etablieren. Wir versuchen die Menschen bewusst von den systemkonformen Medien loszureißen und ihnen Alternativen aufzuzeigen. Dabei wird der Schwerpunkt bei aktuellen Nachrichten liegen, aber auch Geschichte und Kultur stellen das Fundament der Seite dar. Schon jetzt sind tiefe gesellschaftliche und politische Veränderungen vorhersehbar, aus denen letztendlich ein gerechtes und demokratisches Deutschland aufblühen muss! Es liegt nun in unserer Hand die Umschwünge geschickt zu nutzen und die Menschen von unseren Gedanken zu überzeugen. Wir hoffen somit den Ansprüchen einer breiten Leserschaft gerecht zu werden und wünschen euch viel Spaß beim stöbern!“

Diesem Anspruch folgend wurden die bereits bekannten lokalen Seiten des „Nationalen Beobachters“ zusammengeführt und neu gestaltet. Eigenem Bekunden zufolge wolle man damit die „Schweigespирale“ durchbrechen und die Möglichkeit bieten „sich abseits der gekauften Medien (...) [zu] informieren“.¹

„Junge Nationaldemokraten“ (JN)



Neonationalsozialistische Szene und NPD haben sich in jüngerer Vergangenheit in einem rasanten Tempo sowohl inhaltlich als auch organisatorisch angenähert. Vor allem drängen immer mehr Neonationalsozialisten, die in der Hauptsache bereits die inhaltlichen Aspekte der JN bestimmen, in die Parteivorstände. Als Bindeglied zwischen diesen Strömungen fungieren die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Die JN sind als Jugendorganisation der NPD integraler Bestandteil der Partei. Der JN-Bundesvorsitzende, Michael Schäfer (Wernigerode, Landkreis Harz), ist kraft Amtes zugleich Mitglied des NPD-Parteivorstandes. Organisiert sind die JN in einem Bundesverband, mehreren Landesverbänden und regionalen Stützpunkten. Derzeit ist die Gruppierung nicht in allen Bundesländern vertreten. Die Bundesgeschäftsstelle der NPD-Jugendorganisation ist seit Oktober 2007 in Bernburg (Salzlandkreis) ansässig.

Neben dem Bemühen um einen Ausbau ihrer Strukturen, versuchen die JN weiterhin ihr Profil zu schärfen. Neben Aktionismus liegt ihr Augenmerk auf der ‚Intelktualisierung‘ der rechtsextremistischen Szene.

¹ Internetauftritt der NPD-Sachsen-Anhalt vom 04.12.2008

Seit dem Jahr 2005 kommt es zu verstärkten Bemühungen, die politische Arbeit theoretisch zu unterlegen und die Bildung der Parteikader und auch der Parteibasis zu verbessern. Verantwortlich für diese Entwicklung sind in erster Linie JN-Kader mit hohen Bildungsabschlüssen. Mit einer eigenen „Schulungs- und Bildungseinheit“, dem „Nationalen Bildungskreis“ (NBK), versuchen die JN ihr Ziel, eine weitgehende Intellektualisierung der rechtsextremistischen Szene, zu erreichen. Leiter des NBK ist Matthias Gärtner (Magdeburg, Mitglied im Bundesvorstand der JN).

Am 30. Mai 2008 fand in Bernburg eine Strategiesitzung zum Thema „Wortergreifungsstrategien“ (Referent Matthias Gärtner) statt. Betrachtet wurden unter anderem Betätigungsfelder der politischen und gesellschaftlichen Kontrahenten. Gärtner stellte fest, jede Gelegenheit müsse genutzt werden, um den nationalen Gedanken in die Öffentlichkeit zu tragen und möglichst breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Hierzu eigneten sich nicht nur selbstorganisierte Veranstaltungen, vielmehr sollten „Fremdveranstaltungen“ zur Plattform der nationalen Sache gemacht werden.



Der NBK betreibt seit 2008 „die Sammlung nationalistischer Studenten und deren Organisation in universitätsgebundenen Gruppen“. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist eine NBK-Studentengruppe „Studentische Interessen“, die vom 2. bis 4. Juni 2008 bei den Studentenratswahlen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg antrat. Die Studentengruppe des NBK versteht die Wahl als Kampf im vopolitischen Raum der JN in Bezug auf den Hochschulrahmen. Sie sehen dies als Beschreiten des Weges aus der politischen Isolation und gesellschaftlicher Ächtung.

Am 9. Januar 2009 fand eine vom NBK organisierte Vortragsveranstaltung zum Thema „Bomben über Anhalt“ mit über 60 Teilnehmern statt. Thema waren alliierte Luftangriffe auf Städte wie Zerbst, Halberstadt, Dessau, Merseburg und Magdeburg im Zweiten Weltkrieg. Gesprochen wurde über Zweifel an der Höhe der bekannten Opferzahlen und die vermutete Strategie der Alliierten.

Diese Veranstaltung wurde ins Vorfeld des Jahrestages der schwersten Bombenangriffe auf die Landeshauptstadt Magdeburg (16. Januar) gelegt, um zur Mobilisierung von Teilnehmern für den „Trauermarsch“ am 17. Januar in Magdeburg beizutragen. Hierzu wurde die „Initiative gegen das Vergessen“ vorgestellt.

Als Publikationsorgan des NBK dient unter anderem „Der Aktivist“. „Der Aktivist“ erreicht vornehmlich die Mitglieder der JN, kann jedoch von Interessierten über das Internet bezogen werden. Neben theoretischen Abhandlungen finden sich darin auch praxisbezogene Themen. In der Ausgabe Nr. 1/2009 äußern sich die JN-Funktionäre Michael Schäfer und Matthias Gärtner erstaunlich offen und fordernd, neben dem Verhältnis zur Mutterpartei und den „Freien Kräften“, zur grundsätzlichen Rolle der NPD-Jugendorganisation.

JN-Landesverband Sachsen-Anhalt

Die JN unterhalten in Sachsen-Anhalt einen Landesverband sowie mehrere Stützpunkte. Angemietete Räume in der Bernburger Innenstadt weist der Landesverband als „Nationales Zentrum Bernburg“ aus. Die Räume dienen auch als Landesgeschäftsstelle der NPD.

Fast ausnahmslos entstammen die JN-Mitglieder der neonationalsozialistischen Szene. Mit etwa 50 Mitgliedern stagniert der Bestand bereits seit über drei Jahren. Die vielfältigen Aktivitäten und eine offensive Internetpublizistik führten nicht zum erhofften Mitgliederzuwachs. Hinzu kommt, dass „ältere“ JN-Mitglieder zunehmend in die NPD wechseln. Mit der Herausgabe einer zweiten Ausgabe der Schülerzeitung „Jugend rebelliert“ sollten Schüler und Heranwachsende für die Szene gewonnen werden. Verteilaktionen der Schülerzeitung „Jugend rebelliert“ fanden unter anderem in Staßfurt (Salzlandkreis), Halle, Leuna (Saalekreis), Quedlinburg (Landkreis Harz) und Dessau-Roßlau im Umfeld von Sekundar- und Berufsbildenden Schulen statt.

Am 22. November 2008 fand in Bernburg (Salzlandkreis) der 3. Landeskongress der JN mit etwa 20 Teilnehmern statt, dessen Mittelpunkt die Neuwahl des Landesvorstandes war. Der Landesverband wird von Andy Knappe und Sascha Braumann (beide Magdeburg) geführt.

Die Aktivitäten der JN werden fast ausschließlich über Internetportale gesteuert. Neben der bekannten Internetseite der JN Sachsen-Anhalt wurde im Dezember mit der Internetseite des „Nationalen Beobachters“ (nb) ein landesweites Nachrichtenportal geschaffen, das die bisherigen lokalen nb-Internetseiten bündelt.



3.2 Lage in Brandenburg

Anders als in Sachsen-Anhalt spielen im Land Brandenburg neonationalsozialistische Kameradschaften keine maßgebliche Rolle mehr. Stattdessen organisieren sich Neonationalsozialisten – vor allem auch Mitglieder ehemaliger Kameradschaften – zunehmend in losen und internetbasierten Netzwerken.

Diesen neonationalsozialistischen Netzwerken gehören im Land Brandenburg inzwischen etwa 200 Personen an. Solche Netzwerke existieren insbesondere in der brandenburgischen Lausitz, im Raum Potsdam und in den nördlichen Teilen der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald.

Die Gruppen aus dem Raum Potsdam und in den Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald verfügen über enge Kontakte zu Berliner Neonationalsozialisten und Berliner Vertretern der „Autonomen Nationalisten“. Die „Nationalen Sozialisten“ aus der brandenburgischen Lausitz unterhalten enge Verbindungen zu führenden Neonationalsozialisten aus dem benachbarten Bundesland Sachsen.

Die Netzwerke verzichten auf eindeutige und hierarchische Strukturen. Sie definieren sich weder über feste Bindungen (formale Mitgliedschaft oder Kassenführung) noch über eine regelmäßige Basisarbeit (keine klassischen Kameradschaftsabende). Auch andere starre Organisationsmerkmale lehnen sie ab.

Ihr gemeinsamer Zusammenhalt ist das neonationalsozialistische, nationalrevolutionäre Weltbild und zum Teil der persönliche Kontakt untereinander. Mitgliedschaft entsteht nicht durch Beitrittserklärung, sondern durch Beteiligung an gemeinsamen Aktivitäten, durch die das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt wird. Ideologisch weniger gefestigte Sympathisanten erliegen dem erlebnisorientierten Charakter und werden



unverbindlich an das neonationalsozialistische Weltbild herangeführt. Mit dem Verzicht auf Strukturen wollen die Aktivisten der zunehmenden Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden entgehen.

Die einzelnen Gruppen und Personen verfolgen taktisch-strategisch das Konzept so genannter „Autonomen Nationalisten“ (AN), die bewusst Aktions- und Erscheinungs-

formen von Linksextremisten kopieren. Bei Demonstrationen tritt man weitgehend geschlossen in einheitlicher schwarzer Kleidung auf und verwendet das Outfit von Antifa-Gruppierungen. Sie übernehmen die Fahne der „Antifa“ (schwarze Fahne im schwarzen Kreis), bilden „Schwarze Blöcke“ und signalisieren mit aggressivem Auftreten Unnachgiebigkeit und Gewaltbereitschaft gegenüber Polizei und Gegendemonstranten.

Innerhalb der brandenburgischen Netzwerke finden keine strategisch-programmatischen Diskussionen über das Modell AN statt. Sie bezeichnen sich auch nicht als AN, sondern nennen sich schlicht „Nationale Sozialisten“, „Lausitzer Widerstandsbewegung“ oder „Freie Kräfte“ und versehen diese Aktionsbezeichnungen mit einem regionalen Zusatz wie „Lausitz“ oder „Teltow-Fläming“. In ihrem Handeln übernehmen sie die Aktionsmuster der „Autonomen Nationalisten“.

Was sie so gefährlich macht, ist ihr pseudo-jugendliches Auftreten. Sie werfen Papierschnipsel in Einkaufszentren und Bahnhöfen in die Höhe, auf denen sie ihre politischen Forderungen gekritzelt haben. Sie filmen sich bei nächtlichen Graffiti-Aktionen, organisieren spontane Demonstrationen ohne nennenswerten Vorlauf, dokumentieren ihre Aktionen im Internet, untermalen ihre Videos mit aufpeitschenden Rockrhythmen, geben sich ein ‚cooles‘ Image und bieten (augenscheinlich) inhaltliche Unverfänglichkeit.

Personenpotenzial

Der neonationalsozialistischen Szene in Brandenburg gehören insgesamt etwa 260 Rechtsextremisten an. Die rund 50 Mitglieder der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Brandenburg sind im Wesentlichen dieser Szene zuzurechnen.

Daneben machen die subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten mit etwa 510 Personen einen großen Teil der Rechtsextremisten in Brandenburg aus. Schwerpunkte liegen hier in Angermünde, Bad Freienwalde, Belzig, Bernau, Blankenfelde/Mahlow, Cottbus, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder), Guben, Königs Wusterhausen, Lübben, Oranienburg, Oranienburg (Region), Potsdam, Premnitz, Prenzlau, Rathenow, Strausberg, Schwedt (Oder), Senftenberg, Templin und Wittstock.

Nutzung des Internets

Ebenso wie in Sachsen-Anhalt nutzen Neonationalsozialisten auch im Land Brandenburg zunehmend das Internet, um ihre Ideologie zu verbreiten, neue Mitglieder zu rekrutieren und bestehende Kontakte aufrecht zu erhalten.

Verhältnis zu NPD und JN

Das Verhältnis der brandenburgischen neonationalsozialistischen Netzwerke zur NPD ist äußerst ambivalent. Während die „Freien Kräfte“ in Teltow-Fläming und Havelland keine Berührungspunkte zur NPD haben, lehnen Potsdamer und Lausitzer Neonationalsozialisten die NPD als Ansprechpartner kategorisch ab.

Sie werfen der NPD altmodische und unflexible Denkweisen sowie fehlende innovative Konzepte vor. Die NPD verliere mit ihrem nach außen sauberen und disziplinierten Auftreten eine Vielzahl potenzieller Sympathisanten, die sich einem derartigen (antiquierten) rechtsextremistischen Schema nicht unterwerfen wollen. Eine zu enge Anbindung an die NPD bedeute auch, sich den Spielregeln des „politischen Systems“ zu unterwerfen. Dies führe zu einer Verwässerung der eigenen Ziele; eigene Motive und Konzepte müssten verschleiert werden oder wären nicht mehr umsetz- und realisierbar.



Die attraktivere Alternative ist für die Netzwerke eher die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Die JN weisen in ihrem Grundsatzprogramm eindeutige Parallelen zu den „Autonomen Nationalisten“ auf. Sie betonen ihre „revolutionäre Ausrichtung“ und entwickeln nach eigenen Angaben „autonome konzeptionelle Vorstellungen für junge Nationalisten“. Ihr Aktionsprogramm enthält haargenau die Aktivitäten, die auch „Autonome Nationalisten“ durchführen („gezielte provokante Protestaktionen, öffentliche Plakatier- und Verteilaktionen, zielgerichtete Schulungen zur Bildung geistiger Grundlagen“). Inhaltlich setzen die JN ebenfalls auf Themen wie Anti-Kapitalismus,

Anti-Globalisierung, Ökologie und den angeblichen Verfall gesellschaftlicher Strukturen.

JN in Brandenburg

Die JN-Strukturen in Brandenburg bewegen sich in einem Spannungsfeld: Da ist auf der einen Seite die Mutterpartei NPD, die bei ihren Aktivitäten immer auch den Erhalt der Partei und damit verbunden die eigenen Pfründe im Auge hat. Dem entgegen steht der selbstauferlegte Anspruch der JN, eine „weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin“ sein zu wollen. Dies ist eine der zahlreichen weltanschaulichen Übereinstimmungen, die die JN mit einem Großteil der „Freien Kräfte“ gemein haben.

Den Schwerpunkt ihres „politischen Kampfes“ sehen die JN nach eigenen Angaben in der *„Basisarbeit in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Im gemeinschaftlichen Wirken unserer Kameradinnen und Kameraden versuchen wir dort, unsere politischen Vorstellungen in weite Kreise der deutschen Jugend zu tragen. Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewusst wird, dass es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden. Diese Realität zu schaffen, ist Aufgabe und Ziel unserer Mitglieder und unserer Freundeskreise“*.² Wird der „politische Kampf“ in die Praxis umgesetzt, etwa bei Demonstrationen, ist ein gemeinsames Agieren mit den „Freien Kräften“ an der Tagesordnung.

In Brandenburg sind die JN gegenwärtig in Oranienburg, Potsdam und seit dem 16. Mai 2009 auch mit einem Stützpunkt Lausitz aktiv. Der Stützpunkt Oranienburg existiert seit Mitte 2007. Dem Hang zu Aktionen an geschichtsträchtigen Tagen folgend, trafen sich am 4. Mai 2008 gut 20 Mitglieder und Sympathisanten dieses Stützpunktes in Oranienburg zu einer Vortragsveranstaltung über das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Den Inhalt dieser geschichtsklitternden Veranstaltung zusammenfassend, heißt es in einem Bericht: *„Über das Diktat von ‚Versailles‘, welches unausweichlich in einen neuen Krieg münden würde, über die Hetze des NKWD und ihres Chefpropagandisten Ilja Ehrenburg und die damit einhergehenden Verbrechen am deutschen Volk, bis hin zur ‚Frankfurter Schule‘ von Horkheimer und Adorno konnten die Zuhörer an diesem Tag einiges erfahren über die wahren Hintergründe dieses Tages im Mai 1945. ... Und eines war allen anwesenden Kameraden von vornherein klar, dies ist kein Tag zum feiern, sondern er besiegelte den größten Massenmord in der Geschichte der Menschheit“*.

Anlässlich des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 veranstaltete der Stützpunkt Oranienburg eine Vortragsveranstaltung zu diesem Thema. Nach Eigenangaben sollen sich *„mehr als 45 Jugendliche“* dazu eingefunden haben. Nachdem *„Aktivisten der JN die Anwesenden über Ursachen, Ablauf und Ausgang des Volksaufstandes auf[geklärt hatten], ... folgten energische Diskussionen über den Ist-Zustand unserer ‚Bewegung‘ und die Möglichkeiten eines erneuten Volksaufstandes in Zeiten politischer Trägheit und kultureller Dekadenz.“*

Weniger geschichtsträchtig als vielmehr überraschend dürfte für die JN ein Einschreiten der Polizei am 31. Mai 2008 in Oranienburg gewesen sein. Dort hatten sich – im Sinne der *„Gemeinschaftspflege von jung und alt“* – auch Mitglieder des Ortsverbandes

2 vgl. Eigendarstellung auf der Internetseite des JN-Bundesvorstandes unter „Wer wir sind“

Oranienburg der NPD und „Freie Nationalisten“ versammelt. Ein Augenzeuge fasste dieses Erlebnis wie folgt zusammen: *„Nach dem Einsatz stellten wir fest, dass unsere Würstchen zwar kalt geworden waren, unsere Herzen jedoch durch solche Einsätze, die nur der Schikane dienen, einmal mehr heißer brennen. Auch unsere Eltern wurden durch das Unterdrückerregime der DDR auf Schritt und Tritt verfolgt. Fast zwanzig Jahre nach der Wende sind wir, die Kinder der Wende, von staatlicher Repression betroffen. Doch wir wissen, dass dereinst auch unsere Stunde kommen wird!“*

Auch wenn „weite Kreise der deutschen Jugend“ keine Notiz von der Gründung des JN-Stützpunktes Potsdam am 9. November 2008 genommen haben dürften, ist dessen junge Existenz ein Beleg für eine sich fortsetzende „Basisarbeit“ in Brandenburg.

In den Jahren 1918, 1923, 1938 und 1989 hatte gerade dieser 9. November eine besondere Bedeutung in der deutschen Geschichte. Die JN der Landeshauptstadt und ihr ‚Führer‘ knüpfen – wie nicht anders zu erwarten – an die Tradition des 9. November 1923 an. In ihrem Bericht zur Stützpunktgründung heißt es: *„... 85 Jahre nach dem die damals junge deutsche Freiheitsbewegung Todesverachtend (sic) in das Feuer der Reaktion marschierte, schlossen sich junge wie jung gebliebene Deutsche erneut zusammen, um den Kampf im Sinne der Ahnen weiterzuführen.“*

Die „junge deutsche Freiheitsbewegung“, seinerzeit im Wesentlichen aus Hitler, seinen Anhängern, sowie Ludendorff bestehend, war 1923 angetreten, die „Regierung der Novemberverbrecher in Berlin“ durch eine „provisorische deutsche National-Regierung“ zu ersetzen. Das NS-Regime gedachte der 16 bei diesem gescheiterten Putschversuch Getöteten in aufwendig inszenierten jährlichen Totenfeiern als „Gefallene“ und „Opfer“ für Deutschland und die „Bewegung“. Der von Hitler allen Beteiligten verliehene „Blutorden“ war zum Zeitpunkt der Stiftung die höchste Parteiauszeichnung der NSDAP.

Auch Anfang und Ende der JN-Veranstaltung waren bestimmt von Bezügen zum Dritten Reich. Zu Beginn, als Einstimmung auf das, was folgen sollte, sangen die etwa 50 in einer Potsdamer Turnhalle anwesenden Personen das Lied „Ein junges Volk steht auf!“.

Bevor ein „alter Kamerad der Waffen-SS“ als letzter Redner auftrat, hob der JN-Landesverbandsvorsitzende Sachsens in seinem „Leitwort“ hervor, *„Ziel [der JN] ist die Schaffung eines neuen Menschentypus. Ein Mensch der gesund an Geist und Körper, psychisch und physisch belastbar und Weltanschaulich (sic) gefestigt ist. Mit der Schaffung einer neuen elitären Führungsgemeinschaft innerhalb unserer deutschen Freiheitsbe-*

wegung machte er jedem noch einmal die Verantwortung klar die wir für uns, für unsere Kameraden, sowie für unsere gerechte Sache haben.“

Für die JN in Brandenburg stehen die Arbeit im vorpolitischen Raum, der Kulturkampf (Definitionsmacht geschichtlicher Prozesse und Werte, die Dominanz spezifischer alltagskultureller Formen und die Besetzung etablierter Begriffe), im Vordergrund. Die Vision ist, eine partei- und organisationsübergreifende Bewegung zu schaffen. Die JN dabei lediglich als Anhängsel der NPD zu sehen, greift zu kurz. Sie sind aber letztlich als Organisationseinheit abhängig vom Erfolg der NPD – oder zumindest von der Erwartung darauf. Als Gradmesser des Erfolgs ist das Abschneiden der Partei bei Wahlen anzusehen. Mit Stimmenzuwächsen der NPD dürfte sowohl der Spielraum, den die JN der Partei gegenüber haben als auch die Anziehungskraft bei parteiungebundenen Rechtsextremisten größer werden. Zudem dürfte das Verbot der rechtsextremistischen Struktur „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) am 31. März 2009 mit einer weitgehenden Hinwendung dieser Aktivisten in Richtung JN einhergehen und somit eine Stärkung der JN bedeuten.

3.3 Zusammenarbeit / Überschneidungen

Zwischen den parteiungebundenen rechtsextremistischen Szenen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt bestehen keine zielgerichteten, strategischen Kontakte. Eine Vernetzung rechtsextremistischer Gruppierungen, Netzwerke oder ähnlicher Personenzusammenschlüsse ist zur Zeit nicht erkennbar.

Allerdings wurden einzelne länderübergreifende Aktivitäten der rechtsextremistischen Szenen Sachsen-Anhalts und Brandenburgs registriert. Personen, die der rechtsextremistischen Szene im Land Brandenburg (hier vorrangig den westlichen Landesgebieten) zugeordnet werden, verfügen über Kontakte zu Rechtsextremisten aus Magdeburg, dem Altmarkkreis Salzwedel und dem Landkreis Stendal sowie vor allem dem Landkreis Jerichower Land. Hierbei handelt es sich jedoch um Kontakte zwischen Einzelpersonen.

Rechtsextremisten beider Länder treffen in der Regel bei Demonstrationen oder vergleichbaren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen zusammen. Über Führungspersonen wird auch „solidarisch“ für die Unterstützung von Aktivitäten im jeweils anderen Bereich mobilisiert, um ihnen dringend benötigtes Personenpotenzial zuzuführen. Folgende Aktivitäten stehen beispielhaft für Kontakte zwischen Rechtsextremisten aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten:

- Anlässlich des Volkstrauertages kamen Rechtsextremisten unter anderem aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt (LSA) in Halbe (Brandenburg) von 2003 bis 2007 zusammen.
- Am 9. Juni 2007 nahmen Szeneangehörige aus Burg (Landkreis Jerichower Land, LSA) an einer Schulungsveranstaltung der rechtsextremistischen Szene im Land Brandenburg teil, die in der Nähe von Cottbus durchgeführt wurde.
- Potsdamer Rechtsextremisten besuchten am 16. Juni 2007 eine Geburtstagsfeier und am 23. Juni 2007 eine Sonnenwendfeier von Bürger Szeneangehörigen.
- Am 23. Juni 2007 wollten etwa 40 Personen der rechtsextremistischen Szene auf einem angemieteten Grundstück in der Nähe des Parchauer Sees (Landkreis Jerichower Land, LSA) eine Sommersonnenwendfeier durchführen. Nach Rücksprache mit dem Grundstückseigentümer wurde die Veranstaltung von der Polizei verhindert. Dabei wurden auch Personen aus Brandenburg festgestellt.
- An einem Fußballturnier am 22. September 2007 in Stresow (Landkreis Jerichower Land, LSA), das von zwei einschlägig bekannten Personen der rechtsextremistischen Szene organisiert worden war, beteiligten sich vier Mannschaften aus Burg, Stresow, Brettin und Bamme (Land Brandenburg).
- Unter dem Motto „Ehrenhaftes Gedenken, statt Anpassung an den Zeitgeist“ versammelten sich am 19. Januar 2008 etwa 600 Szeneangehörige aus mehreren Bundesländern (unter anderem aus Brandenburg) in Magdeburg, die dem Aufruf einer „Initiative gegen das Vergessen“ (Initiatoren sind Rechtsextremisten aus Magdeburg) gefolgt waren, in der Innenstadt zu einem Aufzug. Neonationalsozialisten aus Elbe-Elster, Teltow-Fläming und dem Havelland (alle Brandenburg) nehmen regelmäßig im Januar an den „Trauermärschen“ in Magdeburg teil, mit denen der Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 durch die alliierten Streitkräfte gedacht wird.
- Am Abend des 23. Februar 2008 führten rund 100 Angehörige der rechtsextremistischen Szene (darunter Personen aus Brandenburg) in Genthin (Landkreis Jerichower Land, LSA) eine Geburtstagsfeier durch, die durch einen Polizeieinsatz aufgelöst wurde.



- Am 12. April 2008 nahmen Rechtsextremisten aus Sachsen-Anhalt an einer Demonstration von „Freien Kräften“ in Lübben (Brandenburg) teil. Insgesamt beteiligten sich 400 Teilnehmer an dem Aufmarsch, der unter dem Motto „Recht auf Selbstbestimmung – Pflicht zum Widerstand“ stand und von einem führenden brandenburgischen Neonationalsozialisten organisiert wurde.
- Am 10. Mai 2008 beteiligten sich Neonationalsozialisten aus dem Havelland (Brandenburg) in Tangermünde (LSA) an einem Aufmarsch (Motto: „8. Mai 1945 – Schluss mit der Befreiungslüge“).
- Bei einem Aufmarsch am 7. Juni 2008 in Genthin (Landkreis Jerichower Land, LSA) waren ebenfalls Rechtsextremisten aus dem Landkreis Havelland (Brandenburg) vertreten.
- In der Nacht vom 2. zum 3. August 2008 löste die Polizei eine Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene in den Räumlichkeiten des „Sport- und Freizeittreffs e. V.“ (der Vorstand setzt sich aus amtsbekannten Szeneangehörigen zusammen) in Magdeburg, Sieverstorstraße, auf, da zum Abspielen von Musik und zur Beleuchtung durch den Veranstalter zum wiederholten Mal widerrechtlich elektrische Energie entzogen wurde. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 100 Personen der rechtsextremistischen Szene aus dem gesamten Bereich Sachsen-Anhalts sowie aus den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Niedersachsen.
- Am 27. Dezember 2008 nahmen Rechtsextremisten aus der Prignitz (Brandenburg) an einer NPD-Veranstaltung in Salzwedel (LSA) teil. Auf der Rückfahrt verließen sie in Wittenberge (Brandenburg) den Zug und formierten sich zu einem Marsch durch die Innenstadt, wobei sie Parolen wie „frei, sozial, national“ und „nationaler Sozialismus lebe!“ skandierten.
- Am 1. Mai 2009 war erneut Wittenberge (Land Brandenburg) Ort eines offenbar spontan durchgeführten Aufmarsches von Neonationalsozialisten aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die ursprünglich an einem Aufmarsch in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) teilnehmen wollten. Etwa 90 Neonationalsozialisten, die mit einem Nahverkehrszug und mit PKW angereist waren, marschierten mit dem Transparent „Frei-Sozial-National“ durch die Stadt. Im Verlauf der polizeilichen Auflösung kam es zu erheblicher Gewaltanwendung gegen Beamte. Die Täter und weitere Demonstranten flüchteten mit der Bahn, konnten aber bei Seehausen (Landkreis Stendal, LSA) gestellt werden.

- Am 8. Mai 2009 fand in Burg (Jerichower Land, LSA) eine Demonstration von „Freien Kräften“ statt, an der insgesamt etwa 300 Rechtsextremisten teilnahmen. Die Mehrheit der Teilnehmer stammte aus den Bundesländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Versammlung stand unter dem Motto „8. Mai – Wir feiern nicht!“.

3.4 Fazit

Die subkulturellen und neonationalsozialistischen Szenen in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt unterscheiden sich hinsichtlich der gewählten Organisationsformen nicht, jedoch im Hinblick auf ihre Aktionsformen und politischen Zielsetzungen – über lokale Strukturen und durch lokale Aktionen wird versucht, auf die lokale politische Meinungsbildung Einfluss zu nehmen.

Die im vorhergehenden Abschnitt genannten Beispiele dokumentieren, dass die Handlungs- und Aktionsfelder von Neonationalsozialisten aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt in der Regel identisch sind:



Mit der Verteilung von Propagandamaterialien (Flugblätter) und dem Verkleben von Klein- („Spuckis“) und Großplakaten möchte die Szene Außenwirkung und öffentlichkeitswirksame Präsenz erzielen. Durch Präsenz und Wortergreifung möchte man Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen.

Demonstrationen (zum Teil auch lokale unangemeldete Spontandemonstrationen), Kundgebungen, Infostände und Mahnwachen dienen dazu, auf sich aufmerksam zu machen. Meist wählt die Szene sozial- und gesellschaftspolitische Themenfelder wie Anti-Globalisierung und Anti-Kapitalismus, Umweltschutz, demografischer Wandel, Abwanderung junger Menschen oder Kindesmissbrauch, um insbesondere Ängste und Verunsicherung in der Bevölkerung zu schüren und dort neue Anhänger und Sympathisanten für ihre Ziele zu gewinnen. Mit der Wahl solcher Themen verstecken sie ihr menschenverachtendes Weltbild hinter der Maske des angeblich bürgernahen Sympathieträgers oder besorgten Umweltschützers.

Gleichzeitig können sie sich aber nicht von ihrem vergangenheitsorientierten Weltbild lösen und nutzen ihre historischen „Feiertage“ (Todestag von Horst Wessel, Geburtstag von Adolf Hitler, 1. Mai, 8. Mai, 17. Juni, Todestag von Rudolf Heß, „Heldengedenktag“)

für öffentliche Erinnerungsaktionen, mit denen sie ihren Schleier lüften und ihre tatsächlichen politischen Motive zum Ausdruck bringen. Seit einigen Jahren nutzen sie auch Jahrestage von Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg für ihre Propagandazwecke aus.

Kontakte zwischen beiden Szenen bestehen zwar, jedoch beschränken sich diese auf die Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen im anderen Bundesland. Eine gezielte, politisch-ideologische Zusammenarbeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele ist nicht festzustellen. Die ideologischen Grundlagen ihres auf den jeweiligen lokalen Raum begrenzten politischen Handelns sind dennoch deckungsgleich:

Neonationalsozialisten orientieren sich häufig am 25-Punkte-Programm der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) von 1920, dem ideologischen Fundament des historischen Nationalsozialismus. Wert und Rechte eines Menschen werden durch Merkmale wie Abstammung oder Hautfarbe bestimmt. Die Demokratie soll beseitigt und durch ein „neues System“ mit „rassereiner Volksgemeinschaft“ und totalitärem Führerstaat ersetzt werden. Das Individuum soll sich bedingungslos dem angeblichen Willen des Volkes unterordnen. Die NS-Parole „Du bist nichts – dein Volk ist alles!“ spiegelt sich hier wider.

Die „Autonomen Nationalisten“ geben vor, sich am sozialrevolutionären Flügel der NSDAP um die Gebrüder Strasser zu orientieren. Sie übernehmen ebenso wesentliche Elemente der von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten sozialistischen Theorie. Gefordert wird unter anderem die Aufhebung der kapitalistischen Klassenherrschaft, die Verstaatlichung zentraler Industriezweige oder die Beteiligung des Arbeitnehmers am Gewinn von Großbetrieben.

Die Propagierung eines „nationalen und sozialistischen Volksstaates“ dient der Szene nur als Synonym für den Nationalsozialismus. Gemeint ist ein grundlegender Umsturz des politischen Systems, der als neue Staatsform einen völkisch-rassistischen Willkürstaat vorsieht.

Derzeit liegen keine Hinweise vor, dass die vorhandenen Einzelkontakte zwischen Rechtsextremisten aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt dazu geeignet sind, eine länderübergreifende, nachhaltige und zielgerichtete Vernetzung zu realisieren. Den Aktivisten fehlen gegenwärtig sowohl das Interesse als auch die logistischen, organisatorischen und intellektuellen Fähigkeiten, um eine engere Zusammenarbeit zu kreieren.

4. Rechtsextremistische Musik-Vertriebsszene

Ebenso wie in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stellt Musik im Rechtsextremismus ein identitätsstiftendes und verbindendes Element dar. Rechtsextremistische Musik bietet insbesondere für Jugendliche Anreize für den Einstieg in die Szene.

Sie gilt bei den Jugendlichen als „Einstiegsdroge“, die in ihrer Entwicklung eine gewisse „Protestphase“ durchlaufen und dabei gegen vorgegebenen gesellschaftlichen Maßstäbe sowie Institutionen (Schule, Elternhaus, Gesellschaft) rebellieren. Durch die rassistischen, antisemitischen und oft Gewalt verherrlichenden Texte der Musik werden Feindbilder aufgebaut, was die häufig noch ungefestigten ideologischen Einstellungen der meist jugendlichen Konsumenten beeinflusst.

Der Begriff „Skinhead“ wird für Konzertteilnehmer weitgehend vermieden, da diese Bezeichnung für die Charakterisierung der subkulturellen Szene ihre Gültigkeit seit Jahren verloren hat. Der typische „Skinhead“ mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln ist aus dem Straßenbild fast völlig verschwunden. Die Szene hat sich angepasst – das gilt auch im Musikbereich. Aus diesem Grund wird der Begriff „Skinheadband“ nicht mehr verwendet. Die Stilrichtungen im Bereich der rechtsextremistischen Musik haben sich sehr weit voneinander entfernt. Der typisch stakkatische Rhythmus ist nur noch in seltenen Fällen anzutreffen. Beibehalten wurden die Textinhalte, die jedoch sehr viel zweideutiger als noch vor Jahren rechtsextremistische Themen aufgreifen. Plumpe Hasstiraden gegen Ausländer und politisch Andersdenkende sowie offener Antisemitismus sind aus den Texten fast gänzlich verschwunden. Die juristisch schwerer ahnbare Botschaft „zwischen den Zeilen“ ist geblieben.

Der Besuch von Konzerten rechtsextremistischer Musikgruppen ist eines der bestimmenden Elemente in der Lebensweise der subkulturell geprägten Rechtsextremisten. Derartige Veranstaltungen sind ein wichtiger Kommunikationsfaktor innerhalb dieser Szene und tragen damit in erheblichem Maße zu deren Verflechtung bei. Sie erzeugen bei den Besuchern ein Gefühl der Gemeinschaft und Stärke. Diese Erkenntnisse nutzen sowohl rechtsextremistische Gruppierungen als auch Parteien aus, um ihre verfassungsfeindliche Ideologie mit Hilfe der Musik zu verbreiten.

Gerade auf Jugendliche, die der Szene noch nicht fest angehören, sondern sich nur in deren Umfeld bewegen, üben die häufig konspirativ abgehaltenen und damit nicht alltäglichen Veranstaltungen eine starke Anziehungskraft aus. Sie sind gleichzeitig Beweis für die Mobilisierungsfähigkeit der Szene, die versucht, durch Nutzung moderner Kommunikationsmittel Verbotsmaßnahmen zu umgehen oder die Ordnungsbehörden über Veranstaltungen im Unklaren zu lassen, um erst gar keine Möglichkeit zu Verboten zu geben.

4.1 Lage in Sachsen-Anhalt

Aktive Musikgruppen

Im Jahr 2008 waren mindestens 16 rechtsextremistische Musikgruppen aus Sachsen-Anhalt aktiv (2007: 18), das heißt, diese Bands traten bei rechtsextremistischen Konzerten auf und/oder veröffentlichten Tonträger. Sie tragen klangvolle und mitunter martialische Namen wie „Blutrache“, „Blutstraße“, „Civil Disorder“, „Deutschtum“, „Kraftschlag“, „Perspektive Hass“, „White Blizzard“ oder „Fight Tonight“.



Daneben bestehen weitere Musikgruppen und -projekte, die wegen fehlender Auftritte oder Tonträgerproduktionen nicht als aktive Bands bezeichnet werden können. Diese oftmals als „Newcomerbands“ bezeichneten Musikgruppen proben teilweise längere Zeit im Verborgenen, bevor sie den Schritt zu öffentlichen Auftritten wagen. Nicht selten bestehen sie, wie Bandprojekte, nur eine relativ kurze Zeit.

Musikveranstaltungen und Konzertstatistik

2007 wurden in Sachsen-Anhalt insgesamt zehn rechtsextremistische Konzerte durchgeführt, von denen eines polizeilich beendet wurde. Fünf Veranstaltungen konnten bereits im Vorfeld verhindert werden. 2008 kam es zwar mit 13 festgestellten rechtsextremistischen Konzerten zu einem Anstieg. Diese Steigerung sollte jedoch nicht als Tendenz angesehen werden – sie ist lediglich Ausdruck für normale Schwankungen, die aus verschiedenen subjektiven Gründen seitens der Veranstalter resultieren.

Von den genannten 13 Konzerten konnten drei von den Ordnungs- und Sicherheitsbehörden des Landes Sachsen-Anhalt aufgelöst werden. Ein weiteres wurde bereits vor seinem Beginn verhindert.

Musikgruppen aus Sachsen-Anhalt traten und treten nicht nur im eigenen Land auf, sondern auch in anderen Bundesländern, dem benachbarten europäischen Ausland und sogar in den USA.

Die durchschnittlichen Teilnehmerzahlen sind rückläufig (2008: etwa 90; 2007: etwa 120). Den stärksten Zulauf hatte 2008 ein Konzert in Harbke (Landkreis Börde) am 1. November mit rund 400 Teilnehmern. Die Teilnehmer kommen aus dem gesamten Spektrum des Rechtsextremismus: aus der subkulturellen Szene, aus dem Bereich der Neonationalsozialisten und dem Parteienbereich.

Rechtsextremistische Vertriebszene, Musikproduktion und Devotionalienhandel

Neben der Durchführung von Konzertveranstaltungen wirft auch die Herstellung von rechtsextremistischen Tonträgern beträchtliche Gewinne ab, die zumeist in die Taschen der jeweiligen Produzenten beziehungsweise Label fließen.



2007 wurde vom Stuttgarter Label „RACords“ die CD „Reinheit verpflichtet“ der Gruppe „Kraftschlag“ herausgegeben. Die Liedtexte dieses Tonträgers waren nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörde Sachsen-Anhalt eindeutig nationalistisch und wurden demzufolge als rechtsextremistisch eingestuft. In der Folge wurde der Tonträger der Staatsanwaltschaft Halle zur rechtlichen Prüfung vorgelegt. Von der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) wurde die CD am 27. Juni 2008 indiziert, ebenso wie die CD „Sichten und Vernichten“ der Band „Blutstraße“ (Indizierung am 31. Oktober 2008).

Der Mitte 2008 erschienene Tonträger „Weltenfeind“ der rechtsextremistischen Black Metal Band „Absurd“ sowie der etwa im gleichen Zeitraum von dem bekannten Rechts-extremisten Enrico Marx (Sotterhausen, Landkreis Mansfeld-Südharz) produzierte „Solisampler Sotterhausen“ wurden bislang nicht indiziert. Letzterer liegt dem Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt jedoch zur inhaltlichen Prüfung vor.

Für die Verbreitung rechtsextremistischer Tonträger, aber auch Textilien und sonstiger Artikel mit rechtsextremistischem Bezug, hat sich eine eigene, auf den speziellen Kundenkreis konzentrierte Vertriebsstruktur entwickelt.

Ein Großteil der Händler nutzt inzwischen bevorzugt das Internet als Handelsplattform. In Sachsen-Anhalt sind derzeit sieben derartige Angebote bekannt. Aufgrund der geringen logistischen Anforderungen und der ständigen Erreichbarkeit der Online-Shops stellt die Internetpräsenz eine ebenso einfache wie effiziente Möglichkeit zur Verbreitung von Szeneartikeln auch über die Ländergrenzen hinaus dar.

Die Online-Angebote werden durch eine verbesserte optische Gestaltung und technische Programmierung der rechtsextremistischen Homepages zunehmend ansprechender. Vor allem Jugendliche werden angesprochen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil

die Bestellungen wesentlich einfacher, schneller und mit geringem Aufwand möglich werden. Zudem bleiben die Online-Kunden relativ anonym und können sich weitgehend risikolos im Internet bewegen. Das Angebot ist vielfältig und reicht von teilweise in Eigenproduktion hergestellten Tonträgern über Szenekleidung bis hin zu Artikeln mit heidnisch-germanischen Bezügen.

4.2 Lage in Brandenburg

Aktive Musikgruppen

Im Land Brandenburg existiert eine aktive rechts-extremistische Musikszene. 2008 waren 25 (2007: 26) Bands, deren Mitglieder in Brandenburg leben, bekannt. Die Bands treten unter Namen wie „Aryan Brotherhood“, „Barbaren“, „Flak-Sturm“, „Hassgesang“, „Preussenstolz“, „Volkstroï“ oder „Wolfskraft“ in Erscheinung. Auffällig sind die englischsprachigen Namensgebungen sowie Anlehnungen an das Dritte Reich, Gewalt und Rassismus.

Alle 25 Bands verbreiten teils offen, teils versteckt rechtsextremistische, antisemitische und fremdenfeindliche Zerrbilder und rufen zu Gewalt auf. Das Publikum lässt sich zu Straftaten hinreißen und ruft „Sieg Heil“ sowie „Heil Hitler“ und zeigt den Hitler-Gruß. Konzertbesucher sind gewaltbereite Skinheads, Neonationalsozialisten, Anhänger der NPD, der JN, Personen aus der Rockerszene und Hooligans.

Nachwuchs-Bands werden von den etablierten Szene-Musikern gefördert. Ebenso tummeln sich viele Personen gleichzeitig in verschiedenen Bands und Bandprojekten. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von personellen Überschneidungen, ohne dass die Zahl der tatsächlich szeneeaktiven Personen steigt. Dies gilt für „Bloodshed“, „Burn Down“, „Confident of Victory“, „Cynic“, „Hope for the Weak“, „Mysanity“ und „Preussenstolz“.

An den Besetzungen wird auch eine grenzübergreifende Vernetzung deutlich. Bands beziehungsweise Projekte wie „Hope for the Weak“, „Obskur“ und „Mysanity“ sind brandenburgisch-sächsische Kooperationen. Aber auch Berliner helfen bei den „Hass-Kapellen“ in Brandenburg aus.



Musikveranstaltungen und Konzertstatistik

Im Jahr 2008 wurden nur noch neun (2007: 14) Konzerte in Brandenburg durchgeführt. Im Zusammenwirken der Sicherheitsbehörden wurden vier davon polizeilich aufgelöst (2007: 5). Fünf Konzerte (2007: 1) wurden im Vorfeld durch konsequentes Durchgreifen der Polizei verhindert. Mit seinen Informationen leistet der Verfassungsschutz hierzu wichtige Beiträge. Darüber hinaus traten einige brandenburgische Bands im übrigen Bundesgebiet – vornehmlich in Sachsen, in Sachsen-Anhalt und im Ausland – auf.

Im Bundesgebiet konnten Brandenburger Bands bei einigen Konzerten bis zu 1.400 Zuhörer erreichen, zum Beispiel am 25. Oktober 2008 in Mallentin (Mecklenburg-Vorpommern). In Brandenburg selbst kamen maximal 250 Zuhörer zusammen. Im Vergleich dazu ereignete sich 2007 noch ein Konzert mit rund 500 Teilnehmern in Königs-



Wusterhausen. Am 31. Januar 2009 kam es gegen diesen Trend in Briest bei Brandenburg an der Havel jedoch zu einem Konzert mit etwa 700 Teilnehmern.

Schon in den 1990er Jahren grölten Konzertbesucher und Bands nicht selten „Sieg Heil“ sowie „Heil Hitler“. Um polizeiliche oder ordnungsbehördliche Maßnahmen zu vermeiden – denn diese schmälern die finanziellen Gewinne der Organisatoren und Bands – werden mittlerweile oft Texte knapp unterhalb der Strafbarkeitsgrenze dargeboten.

Rechtsextremistische Vertriebszene, Musikproduktion und Devotionalienhandel

Hassmusik-Bands aus Brandenburg sind auch bei der Produktion eigener Tonträger sehr aktiv. 2008 wurden zehn Tonträger (2007: 11) veröffentlicht. Die Titel lauten unter anderem: „Die Schatten einer kranken Welt“, „Zyklon Sturm der Vergeltung“, „Wach endlich auf“, „Nacktes Land“, „One Family – Part One“ und „Berlin-Brandenburg Teil II“. Auch im Internet sind die Bands präsent. Dort finden sich Musik-Foren, Bandvorstellungen, Konzert- und CD-Ankündigungen, Konzertberichte, Angebote von CDs, LPs, EPs, Merchandising-Produkte, kostenlose Downloads und Links. Die CD „DEMO“ von „Preussenstolz“ ist bereits vor der Veröffentlichung im Internetradio zu hören.

Wie bereits 2007 sind 2008 wieder einige Tonträger (fünf) als LP und als EP – vornehmlich als Sammlerstücke – auf den Markt gebracht worden. Die LPs und EPs erfreuen sich in den letzten Jahren steigender Beliebtheit.

Der Vertrieb „On the Streets“ (OTS) (Panzerbär Records) aus Hennigsdorf veröffentlichte die CD „Heilfroh“ der Band „Die Lunikoff Verschwörung“. Hinter dem Spitznamen „Lunikoff“ verbirgt sich Michael Regener, der Sänger der rechtsextremistischen Band „Landser“. Regener war von Frühjahr 2005 bis Frühjahr 2008 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Haft.

CD-Produktion und Vertrieb erfolgen meist über ein rechtsextremistisches Musiklabel. Ein solches Label stellt die Aufnahmetechnik zur Verfügung und vertreibt den fertigen Tonträger über das Internet oder Ladengeschäfte. Im wahrsten Sinne tonangebend sind die Label Rebel Records in Cottbus und insbesondere auch PC Records aus Chemnitz. Bei beiden Labels werden zudem T-Shirts von „Frontalkraft“, „Kontra“, „Hassgesang“, „Bloodshed“ und „Anger Within“ angeboten.

Des Weiteren sind die Musikgruppen in Netzwerke verschiedener Skinhead-Gruppierungen und rechtsextremistischer Organisationen eingebunden. Hierzu zählen auch „Hammerskins“, JN und NPJ.

Indizierungsanregungen bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

In Kooperation mit dem Landeskriminalamt Brandenburg werden vom brandenburgischen Verfassungsschutz regelmäßig rechtsextremistische Medien bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) eingereicht. Die Indizierung der rechtsextremistischen Tonträger bietet der Polizei spezielle Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen den Rechtsextremismus. So können zum Beispiel bei Feiern, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, solche Tonträger durch die Polizei sichergestellt werden. 2007 wurden beispielsweise die CD „Demo“ der Band „Schwarzgraue Wölfe“, die CD „Vaterlandstreue“ der Band „Wintergewitter“ (jetzt „Flak-Sturm“) sowie das Booklet der CD „Zorn“ der Band „Bloodshed“ indiziert. Ebenso werden DVDs unter jugendgefährdenden beziehungsweise strafrechtlichen Gesichtspunkten bewertet. Die DVD „Live – Irgendwo im wilden Osten“ der Band „Redrum“ wurde am 26. Februar 2008 indiziert und in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen.

Auch die strafrechtliche Verfolgung von Hass-Musik ist ungebrochen. Beispielsweise wurde im Sommer 2008 der Urheber des Tonträgers „Bis zum letzten Tropfen Blut“

(„B.Z.L.T.B.“) der Band „Hassgesang“ vom Amtsgericht Cottbus wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.

4.3 Zusammenarbeit / Überschneidungen



Noch im Jahr 2007 waren im Bereich der rechtsextremistischen Musikszene keinerlei Aktivitäten erkennbar, die über persönliche Kontakte im gemeinsamen grenznahen Raum der Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt hinausgehen. So bestehen zwischen der Region Teltow-Fläming (Brandenburg) und dem Raum Jessen (Landkreis Wittenberg, LSA) regionale Kontakte, die sich bislang jedoch weitestgehend einseitig auf die Durchführung von Musikveranstaltungen durch die rechtsextremistische Szene Brandenburgs in speziellen Veranstaltungsräumen in Jessen beschränkten.

2007 war nach hier vorliegenden Erkenntnissen kein Auftritt einer brandenburgischen Musikgruppe in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen; ebenso trat keine Band aus Sachsen-Anhalt in Brandenburg auf.

Gegen Ende 2008 konnte hier allerdings eine neue Situation festgestellt werden, denn in Sachsen-Anhalt kam es zu mehreren Veranstaltungen, an denen Musikgruppen und Besucher aus Brandenburg teilnahmen. Im Gegenzug beteiligten sich auch Bands aus Sachsen-Anhalt an Konzerten in Brandenburg.

Herkunft der Teilnehmer / Charakter der Veranstaltungen

Bei der Analyse der Konzertveranstaltungen kann festgestellt werden, dass das Gros der Veranstaltungsteilnehmer auch im Veranstaltungsland beheimatet ist. Somit handelt es sich zum überwiegenden Teil um Veranstaltungen mit regionalem Charakter.

Dieses Bild ändert sich, wenn es sich um Konzerte mit ausländischen Musikgruppen und/oder solchen, die in der rechtsextremistischen Szene einen hohen Stellenwert besitzen, handelt. Hier liegt der prozentuale Anteil der Teilnehmer – insbesondere aus den angrenzenden Bundesländern – teilweise erheblich höher.

Bei den nachfolgenden Konzerten in Brandenburg waren Personen aus dem Land Sachsen-Anhalt vor Ort:

Datum	Ort/Landkreis	Bemerkungen
12.05.2007	Finowfurt (Landkreis Barnim)	aufgelöst
20.10.2007	Peitz (Landkreis Spree-Neiße)	
12.01.2008	Lübben (Landkreis Dahme-Spreewald)	aufgelöst
11.04.2008	Spemberg (Landkreis Spree-Neiße)	aufgelöst
26.04.2008	Brandenburg an der Havel	verhindert
31.01.2009	Brandenburg-Briest (Stadt Brandenburg an der Havel)	aufgelöst

Personen beziehungsweise rechtsextremistische Bands aus dem Land Brandenburg traten unter anderem bei folgenden Konzerten in Sachsen-Anhalt auf beziehungsweise befanden sich unter den Teilnehmern:

Datum	Ort/Landkreis	Bemerkungen
23.06.2007	Magdeburg	aufgelöst
03.05.2008	Angern (Landkreis Börde)	aufgelöst
31.10.2008	Genthin (Landkreis Jerrichower Land)	aufgelöst
01.11.2008	Walsleben (Landkreis Mansfeld-Südharz)	
24.01.2009	Genthin (Landkreis Jerrichower Land)	

Unter anderem die Bands „Preussenstolz“, „Cynic“, deren Mitglieder sowie Uwe Menzel („Uwocaust“ mit Band) traten in Sachsen-Anhalt am 31. Oktober 2008 und 1. November 2008 auf. Sie unterhalten Kontakte zu Personen und Bands der rechtsextremistischen Musikszene in Sachsen-Anhalt.

Herausragende Musikveranstaltungen

- Musikveranstaltung am 23. Juni 2007 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Nachdem die Polizei am 23. Juni 2007 die Durchführung einer rechtsextremistischen Konzertveranstaltung in Kloster Lehnin/Damsdorf (Landkreis Potsdam-Mittelmark, Brandenburg) bereits vor ihrem Beginn verhindern konnte, gelang es den verantwortlichen

Organisatoren, das Konzert kurzerhand nach Magdeburg (Sachsen-Anhalt) zu verlegen. Dabei war unter anderem ein Auftritt der brandenburgischen Band „Hope for the Weak“ vorgesehen. Auch hier untersagte die Polizei das Konzert und löste die Veranstaltung kurz nach ihrem Beginn auf, wobei die Einsatzkräfte auf zum Teil erheblichen Widerstand der etwa 250 Teilnehmer aus mehreren Bundesländern stießen. Nachdem diese aufgefordert wurden, das Objekt zu verlassen, kam es zu massiven Angriffen auf die Polizeikräfte.

- Musikveranstaltung am 31. Januar 2009 in Briest (Stadt Brandenburg an der Havel, Brandenburg)

Auf einem ehemaligen Flugplatzgelände in Brandenburg-Briest fand am 31. Januar 2009 ein für den Raum Sachsen-Anhalt/Niedersachsen geplantes Skinhead-Konzert mit etwa 700 Personen der rechtsextremistischen Szene aus mehreren Bundesländern statt. Nach Bekanntwerden wurde der mit dem Veranstalter (bekannt als Gewalttäter Rechts) geschlossene Mietvertrag durch den Eigentümer des Fliegerhorstes mit sofortiger Wirkung entzogen und die Veranstaltung auf Grundlage der Verbotserfügung des Polizeiführers am frühen Morgen des 1. Februar 2009 beendet. Die Einsatzkräfte stellten von 409 Teilnehmern die Personalien fest, erteilten 84 Platzverweise und erfassten Fahrzeugkennzeichen aus dem gesamten Bundesgebiet. Dem rechtsextremistischen Internetforum „Thiazi“ zufolge spielten die Bands „Endstufe“ (Bremen), „Sturmwehr“ (Nordrhein-Westfalen), „Bloodline“ (vermutlich Thüringen), „Kommando Skin“ (Baden-Württemberg). Die Veranstaltung in Briest ist seit 2007 das mit Abstand teilnehmerstärkste rechtsextremistische Konzert in Brandenburg. Im Vorfeld der Veranstaltung lagen keine Hinweise auf eine Durchführung in Brandenburg vor. Die Entscheidung über den Veranstaltungsort erfolgte sehr kurzfristig. Innerhalb der Szene wird die Veranstaltung als Erfolg bewertet, insbesondere, dass sie in Brandenburg gelang.

Rechtsextremistische Vertriebszene, Musikproduktion und Devotionalienhandel



Bei „Until The End Records“ in Magdeburg erschien 2008 der CD-Sampler „Hardcore until the end“ („Daily Broken Dream“, „Path of Resistance“, „2 Minutes Warning“, „Painful Awakening“, „Anger Within“, „Fear Rains Down“, „Empire Falls“, „Eternal Bleeding“, „In-born Hate“, „Painful Life“, „Band of Brothers“), auf dem unter anderen auch „Anger Within“ aus Brandenburg zu hören sind.

Zudem hat die aus Brandenburg stammende Band „Preussenstolz“ ihre Debut-CD beim in Sachsen-Anhalt ansässigen Label „Odinseye“ produzieren lassen. Entsprechende Hinweise auf eine Zusammenarbeit sind im Internet unter der Bandseite von „Preussenstolz“ mit dem entsprechenden Link zu dem Label „Odinseye“ vorhanden.

4.4 Fazit

Die Kontakte zwischen den rechtsextremistischen Musikszenen der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt nehmen seit Ende des Jahres 2007 zu. Das betrifft vor allem den Konzert- beziehungsweise Veranstaltungsbereich, aber auch im Vertriebsbereich sind hier Kontakte erkennbar.

Die Szenen beider Länder haben sich in den letzten Jahren zudem deutlich „verjüngt“, das heißt, dass viele jüngere Personen den Kern der jeweiligen rechtsextremistischen Szenen bilden und ältere, ehemalige Aktivisten, denen es auf Grund familiärer oder beruflicher Prioritäten an Initiative und Engagement mangelte, verdrängt beziehungsweise ersetzt haben. Es ist somit zu erwarten, dass sich die bestehenden Kontakte weiter festigen und neue Verbindungen hergestellt werden. Den eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit – sei es bei der Organisation und Durchführung von rechtsextremistischen Konzerten, bei Herstellung und Vertrieb von rechtsextremistischen Tonträgern beziehungsweise bei Auftritten von rechtsextremistischen Bands – werden die Rechtsextremisten beider Länder auch in Zukunft weiter gehen.

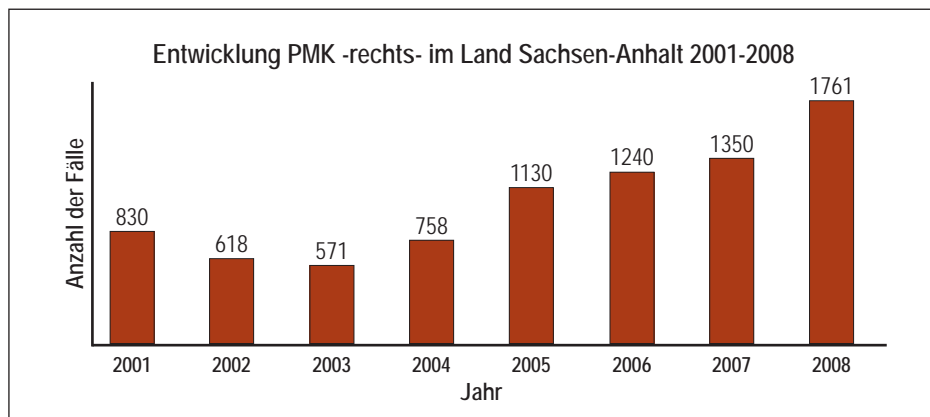
Der hohe und erfolgreiche Druck der Exekutivbehörden wird den Trend verstärken, Konzerte hoch konspirativ vorzubereiten und auf abgeschiedenen Privatobjekten durchzuführen. Trotz der Forderung nach einem „nationalen Sozialismus“ regiert bei solchen Konzerten das Geld, was eine zahlende Mindestteilnehmerzahl oberhalb von 100 Personen erforderlich macht. Gleichzeitig werden die etablierten Bands mit hoher Wahrscheinlichkeit im Jahr 2009 bundes- und teilweise auch europaweit auftreten.

Der Trend zur Tonträgerproduktion wird anhalten. Hierbei werden die etablierten Bands ihre Tonträger nach wie vor bei bekannten und vertrauten Labels produzieren und vermarkten lassen. Unbekannte Bands und Neueinsteiger werden zur Veröffentlichung vermehrt auf das Internet ausweichen und parallel dazu ihre Eigenproduktionen im Eigenvertrieb mit kleinen Stückzahlen anbieten. Die Präsenz im Internet wird den Bekanntheitsgrad aller Bands weiter steigern.

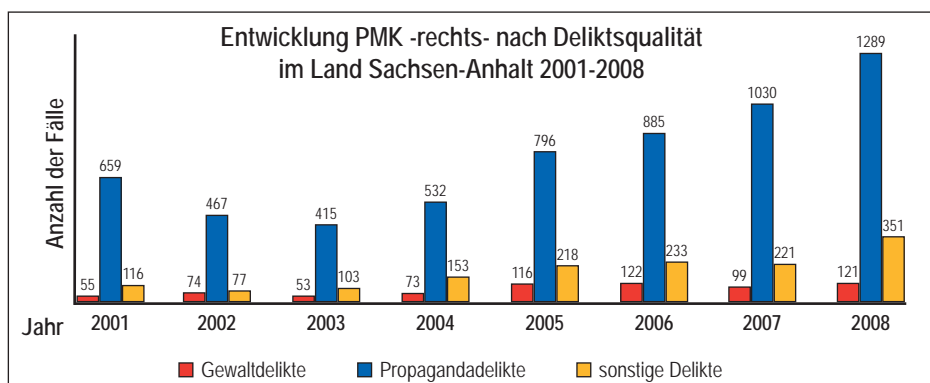
5. Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

5.1 Lage Sachsen-Anhalt

Mit 1761 Straftaten im Bereich politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts- wurde im Land Sachsen-Anhalt das bisher höchste Straftatenaufkommen in diesem Phänomenbereich verzeichnet. Hiervon wurden 1639 Straftaten als extremistisch eingestuft. Selbst der bisherige Höchststand aus 2007 wurde um 30,4 % (411 Straftaten) übertroffen.



Den größten Anteil an der PMK -rechts- nahmen mit 73,2 % die Propagandadelikte (1289 Delikte) ein, 6,9 % waren Gewaltdelikte und 19,9 % sonstige Straftaten. Propagandadelikte hatten mit einem Zuwachs um 259 Straftaten den größten Anstieg zu verzeichnen, gefolgt von den sonstigen Straftaten mit einem Anstieg um 130 Straftaten. Bei den Gewaltdelikten war ein Zuwachs um 22 Straftaten zu verzeichnen.



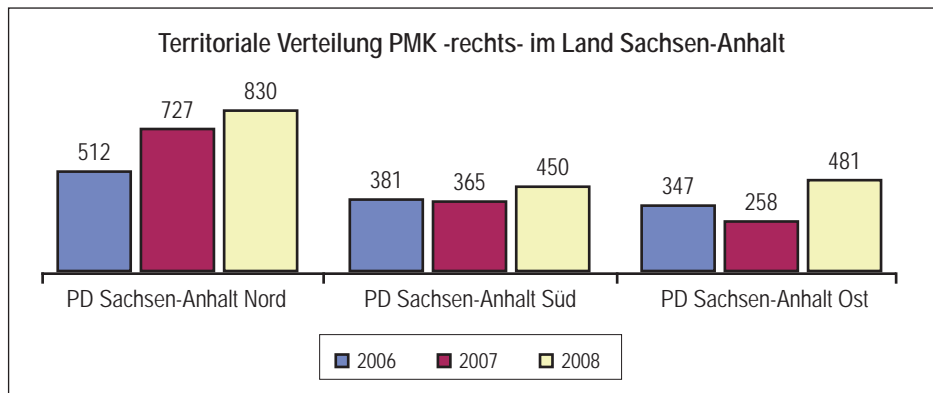
Bei den verletzten Strafrechtsnormen waren neben den Propagandadelikten die Volksverhetzung mit 143 Straftaten, die Sachbeschädigungen mit 117 Straftaten, und die Körperverletzungen mit 102 Straftaten die häufigsten Delikte. Ein vollendetes Tötungsdelikt wurde als rechtsextremistisch gewertet.

Die territoriale Verteilung der Straftaten ist im Bereich der PMK -rechts- sehr unterschiedlich.

Es ist eine überproportionale Belastung in der Polizeidirektion (PD) Sachsen-Anhalt Ost festzustellen, die bei einem Bevölkerungsanteil von 17,3% einen Anteil von 27,3% an der PMK -rechts- aufweist.

Dem steht wiederum die geringe Belastung der PD Sachsen-Anhalt Süd mit 25,6% der PMK -rechts- bei 33,1% Bevölkerungsanteil gegenüber. Auf die PD Sachsen-Anhalt Nord entfallen die Hälfte der Bevölkerung und 47,1% der PMK -rechts- des Landes.

Ein gleiches Bild zeigt sich beim Vergleich der Ballungsgebiete. In Magdeburg wurden 187 Straftaten, in Dessau-Roßlau 161 Straftaten und in Halle 95 Straftaten registriert.



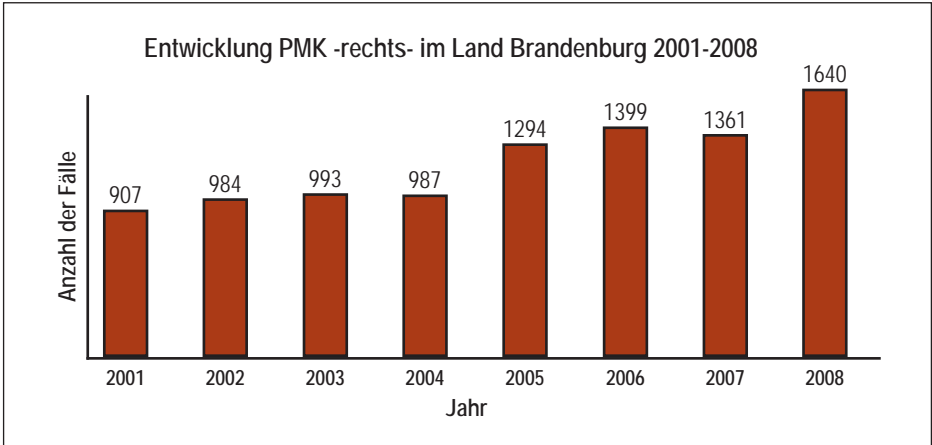
Gegen 910 Tatverdächtige (6,7% der Tatverdächtigen sind weiblich) der PMK -rechts- wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

In Sachsen-Anhalt waren 859 Tatverdächtige wohnhaft, 51 kamen aus anderen Bundesländern, lediglich 3 Tatverdächtige wurden aus Brandenburg registriert.

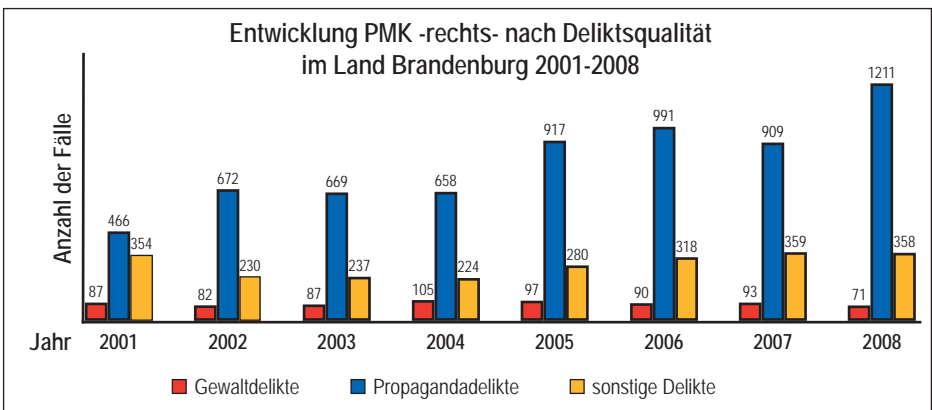
Der überwiegende Anteil der Tatverdächtigen ist zwischen 14 und 24 Jahre alt. Dieser Altersabschnitt bildet einen Anteil von 68%.

5.2 Lage Brandenburg

Im Land Brandenburg wurden im Phänomenbereich PMK -rechts- im Jahr 2008 insgesamt 1640 Straftaten gemeldet. Damit wurden 279 Delikte mehr als im Jahr 2007 (1361) registriert. Der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2006 wurde um 17,2% übertroffen.



Den größten Anteil (73,8%) bilden nach wie vor die Propagandadelikte mit 1211 Straftaten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (909 Delikte) ist hier ein Anstieg um 302 Straftaten (+33,2%) erkennbar, während die sonstigen Straftaten mit 358 Fällen (21,8%) auf dem Niveau des Vorjahres (357 Fälle) liegen. Im Bereich der Gewaltdelikte mit 71 Fällen (4,3%) ist gegenüber dem Vorjahr (93 Fälle) mit 22 Straftaten ein erheblicher Rückgang feststellbar.



Der überproportionale Anstieg der Fallzahlen gegenüber dem Vergleichsjahr 2007 im Bereich der Propagandadelikte ist verbunden mit dem Rückgang derartiger Straftaten im Phänomenbereich -sonstige/nicht zuzuordnen-. Dies ist auf eine Neubewertung der von Unbekannt verübten Straftaten gemäß § 86 a StGB zurückzuführen.

Unbeschadet der veränderten Klassifizierungspraxis ist ein Fallzahlenanstieg im Land Brandenburg in diesem Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität zu verzeichnen. Im Bereich der Gewaltdelikte ist der Rückgang insbesondere bei Straftaten mit fremdenfeindlichen Bezügen feststellbar.

Von den 1640 Straftaten entfallen 741 (45,2%) auf den Präsidialbereich Potsdam, darunter 38 der insgesamt 71 Gewaltdelikte. 899 Fälle wurden im Präsidialbereich Frankfurt (Oder) registriert, darunter 33 Gewaltdelikte. Die Schutzbereiche sind dabei unterschiedlich stark belastet. Die Rangfolge der Schutzbereiche in nachstehender Übersicht ergibt sich aus der Anzahl der in diesen jeweils festgestellten Gewaltdelikte im Jahr 2008 (in Klammern Angaben für den Vergleichszeitraum 2007):

Schutzbereich	Gewaltdelikte	Gesamtzahl der Fälle
Cottbus/ Spree-Neiße	14 (19)	244 (193)
Potsdam	11 (7)	189 (140)
Oder-Spree/ Frankfurt (Oder)	8 (7)	151 (99)
Uckermark	7 (9)	140 (98)
Oberhavel	7 (10)	108 (118)
Ostprignitz-Ruppin	6 (3)	63 (54)
Prignitz	5 (0)	78 (55)
Elbe-Elster	4 (9)	44 (35)
Havelland	3 (4)	79 (55)
Dahme-Spreewald	2 (4)	89 (107)
Teltow-Fläming	2 (6)	76 (73)
Märkisch-Oderland	1 (8)	99 (108)
Oberspreewald-Lausitz	1 (1)	43 (41)
Barnim	0 (4)	133 (99)
Brandenburg	0 (2)	104 (86)
Land Brandenburg gesamt:	71 (93)	1640 (1361)

Im Jahr 2008 wurden von den 1640 Straftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- 753 geklärt und dazu 1370 Tatverdächtige ermittelt. Von diesen ermittelten Tatverdächtigen sind 1253 Personen männlichen Geschlechts (91,4 %) und 117 Personen weiblich. Die Altersgruppen der Jugendlichen und Heranwachsenden stellen mit zusammen 690 aller Tatverdächtigen (50,4 %), wie in den Vorjahren auch, den größten Anteil.

Es wurden lediglich fünf Tatverdächtige aus Sachsen-Anhalt, die jeweils eine eigenständige Handlung begingen, registriert.

5.3 Fazit

Entlang der Landesgrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Brandenburg konnte kein Straftatenschwerpunkt festgestellt werden.

Hinsichtlich von Täterzusammenhängen, Tat-Täterzusammenhängen oder Tatschwerpunkten in Korrelation mit Sachsen-Anhalt beziehungsweise Brandenburg sind keine Auffälligkeiten belegbar. Eine nachweisbare länderübergreifende Tatbegehung wurde bisher nicht festgestellt.

Bildnachweis

Seiten 4, 7, 11, 12, 19, 20, 22, 28, 31, 32, 33, 34, 36

Seite 19

Seite 26

Seite 38

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

www.jn-sa.de

<http://de.indymedia.org>

www.untiltheend-records-com

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Stand: Juli 2009

Bezug: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
Abteilung 5 - Verfassungsschutz
Zuckerbusch 15
39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 567 3900
www.sachsen-anhalt.de

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Abteilung V - Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
Tel.: (0331) 866 2500
www.verfassungsschutz.brandenburg.de